

Sozialdemokratischer Pressedienst

Verantwortlicher und Schriftführer:
Eric Nitzsche, Berlin.
Telefon: Karl-Liebknecht-Platz 4104/4105



Redaktion für Berlin und Umgebung:
Berlin O 21, Zoll-Allianz-Platz 3
Telefon: Gopelius

Die Zeitung ist in der Redaktion
Der Abend ist mit dem Morgen zusammengefasst. (Ausgabe Sonntag 4 Bogen
der den Donnerstag, den 1. Oktober 1931)

Berlin, den 1. Oktober 1931

Int. Institut
Soz. Geschichte
Amsterdam

Die Mission der Angestellten.

Zum 4. Gewerkschaftskongress des Allgemeinen freien Angestelltenbundes.

SPD. Vom 5. bis 7. Oktober d.J. tritt in Leipzig der 4. AfA-Gewerkschaftskongress zusammen. Es entspricht der Tradition der AfA-Kongresse vom Standort der Angestellten in erster Linie Fragen zu behandeln, die nicht nur für die Angestellten selbst, sondern auch für Staat, Gesellschaft und Wirtschaft von grösster Bedeutung sind. Die Tagung in Leipzig findet in einer Zeit schwerster Krise statt. Die Folgen der kapitalistischen Misswirtschaft tragen in erster Linie die Angestellten und Arbeiter. Die Sozialreaktion benutzt diese Gelegenheit um den Generalangriff auf die Gehälter und Löhne, das Arbeitsrecht und die soziale Versicherung durchzuführen. Der diesjährige Kongress des AfA-Bundes wird daher vor allem Stellung nehmen gegen das bisherige System der Wirtschaft. Der Bundesvorstand hat zu diesem Zweck in den Mittelpunkt der Tagung das Referat "Gesellschaftsmacht oder Privatmacht über die Wirtschaft" gestellt. Reichsminister a. D. Dr. Rudolf Hilferding wird dieses Thema behandeln. Er wird seine Ausführungen einleiten mit einer systematischen Darstellung der wirtschaftlichen Entwicklung in der Nachkriegszeit und einer gründlichen Analyse des jetzigen Krisenzustandes. Die Vorgänge in den letzten Monaten zeigen in aller Deutlichkeit, dass der Zeitpunkt gekommen ist, in dem eine planmässige Ordnung der Produktivkräfte und ihre Unterordnung unter die Gesellschaftsmacht des Staates zur zwingenden Notwendigkeit wird. Die Forderungen der freien Gewerkschaften auf Änderung der Kartellgesetzgebung, Einführung einer scharfen Kartellkontrolle, auf Reform des Aktienrechts, die Schaffung eines Bankenamtes und die Durchführung der Bankenkontrolle zielen in dieser Richtung.

In diesem Ringen um eine neue Form wird den Angestellten eine ganz besondere Aufgabe zufallen. Auf ihre Stellung innerhalb der Arbeiterklasse wird es bei dem Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft wesentlich ankommen. Stellt das Millionenheer der Angestellten seine Kräfte dem Fortschritt zur Verfügung und sich damit entschlossen auf die Seite der freigewerkschaftlichen Bewegung, so wird davon die künftige Entwicklung entschieden beeinflusst. Die AfA-Verbände führen diesen Kampf um die Seele der Angestellten. Es bedurfte jahrzehntelanger zäher Arbeit, um grössere Massen der Angestellten davon zu überzeugen, dass ihre Ideologie längst entschwundenen Epochen angehört. Die konservative Vorstellungswelt patriarchalischer Angestelltenverhältnisse ist längst überwunden. Anstelle des Ideals der alten Harmonieverbände tritt ein neues Ethos des Dienens an der Klasse. Die bürgerlichen Verbände, der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband, ebenso wie der GdA, wollen noch immer diese veränderte Lage nicht erkennen. Der vierte AfA-Gewerkschaftskongress wird deshalb in Fortführung und Ergänzung der Debatte auf dem Hamburger Kongress zu der "Ideologie und Taktik der Angestelltenbewegung" Stellung nehmen. Der Vorsitzende des AfA-Bundes, Kollege Aufhäuser hält das einleitende Referat. In der Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt werden vor allem die Führer der freigewerkschaftlichen Angestelltenverbände zu Wort kommen. An dieser Stelle wird auch Gele-

genheit sein, über den Faschismus und seine Einwirkungsmöglichkeiten auf die Angestellten zu sprechen. Angesichts der grossen Auseinandersetzung über Demokratie und Faschismus, die die europäische Arbeiterklasse bewegen, und bei den starken Wechselwirkungen zwischen Staatsform einerseits, Arbeiterschutz- und Arbeiterrecht andererseits, gewinnt die Untersuchung dieses Problems auf einem Gewerkschaftskongress für die gesamte Öffentlichkeit die grösste Bedeutung.

Die Einzelfragen der Sozial-, Wirtschafts- und Gewerkschaftspolitik werden in dem gedruckt vorliegenden Geschäftsbericht und durch die beiden Bundesvorsitzenden, Stähr und Aufhäuser, auf dem Kongress behandelt. Dieser Bericht erstreckt sich über eine Zeit schwierigster gewerkschaftlicher Tätigkeit. Hier wird auf die Auseinandersetzung um das Tarifrecht und das Schlichtungswesen einzugehen sein. Der Kampf um die Fortentwicklung des Arbeitsvertragsrechtes wird Erwähnung finden. Zu beachten werden auch die Darlegungen über den Arbeiterschutz und den Arbeitslosenschutz sein. In der Aussprache zum Geschäftsbericht ist vorgesehen, auf die Reformvorschläge in der Sozialversicherung und auf die Praxis der Arbeitsgerichtsbarkeit einzugehen. Die Tagesordnung lässt zu diesem Punkt auch eine Spezialdebatte über Einzelfragen zu.

Der vierte AfA-Gewerkschaftskongress wird wie seine Vorgänger das Vertrauen der fast 500 000 freigewerkschaftlich organisierten Angestellten rechtfertigen. Von ihm wird bis in die kleinsten Gliederungen der Gesamtbewegung neue Kraft und der Wille getragen werden, auch diese schwere Zeit zu überwinden. Organisatorisch fest gefügt, mit dem erforderlichen geistigen Rüstzeug versehen, stehen die freigewerkschaftlichen Angestelltenverbände nach erfolgreichen Kämpfen ungeschwächt den Auseinandersetzungen der kommenden Monate gegenüber.

SPD. Bukarest, 1. Oktober (Eig. Drahtb.)

Am Donnerstag vormittag wurde der 27. Kongress der Interparlamentarischen Union, begrüsst durch den Premierminister Jordan, eröffnet. Zum Präsidenten des Kongresses wurde der rumänische Kammerpräsident gewählt. In der Diskussion über den Jahresbericht des Generalsekretärs, der als wichtigsten Punkt die Weltwirtschaftskrise und die Abrüstung hervorhob, ergriff Reichstagspräsident Löbe als erster das Wort zur Weltwirtschaftskrise. Diese sei, so führte Löbe aus, nicht von Naturgewalten, wie der Warenüberfluss zeige, sondern von Menschen künstlich herbeigeführt worden. Die Künstlichkeit der Krise erwecke indessen die Hoffnung, dass auch Menschen sie wieder beseitigen könnten. Rascheste Aktivität der verantwortlichen Staatsmänner sei erforderlich; denn die Krise sei, wie die englischen Ereignisse zeigten, ein gleich schweres Problem aller Länder. Sie sei zwar verschieden im Tempo, jedoch gleich im Verhängnis. Als sich Löbe für eine deutsch-französische Zollunion aussprach und seine Freude über den Berliner Besuch der französischen Staatsmänner ausdrückte, wurde er von einem Beifallssturm unterbrochen.

Von der Sozialdemokratie nehmen als Delegierte Löbe, Sollmann, Moses, Eberl, Luise Schröder und Adele Schreiber an dem Kongress teil. Unter den acht Vertretern der bürgerlichen Parteien befinden sich Bell, Joos, Pfarrer Ullitzka und Jenicke.

SPD. Neustadt (Holst.), 1. Okt. (Eig. Dr.)

Das Boot des Kapitäns Kircheis, das ihm zu seiner Weltumsegelung diente, ist von der Hanseatischen Yachtschule in Neustadt käuflich erworben worden. Die Yachtschule in Neustadt hat schon mehrfach unliebsames Aufsehen erregt, da sich in ihr ausschliesslich reaktionäre Elemente zusammenfinden und ihre Leitung den Anspruch erhebt, in erster Linie den Nachwuchs für die Reichsmarine stellen zu dürfen. Jetzt will die Yachtschule eine dritte Zweigstelle im Mittelmeer errichten - die zweite besteht am Chiemsee - und das Boot von Kircheis dort stationieren. Mit wessen Geld, wenn man fragen darf?

SPD. Hannover, 1. Oktober (Eig. Drahtb.)

Das hiesige Schöffengericht verurteilte am Donnerstag einen nationalsozialistischen Kellner zu drei Wochen Gefängnis, weil er im Juli anlässlich der Aufführung des Films "Im Westen nichts Neues" eine Tränengasbombe geworfen hatte.

SPD. Braunschweig, 1. Oktober (Eig. Dr.)

Eine Arbeiterin hatte wegen der Teilnahme ihres Jungen am Streik der weltlichen Schule eine dreitägige Haftstrafe erhalten, jedoch verabsäumt, gegen den Strafbefehl Einspruch zu erheben. Als nun die Frau nicht erschien, da sie vor einer Operation stehend in dem hiesigen Krankenhaus lag, wurde sie trotz ihres Zustandes und Protestes durch die Polizei ins Gefängnis gebracht. Dort hat die Kranke, der der Gefängnisarzt sofort Bettruhe und besondere Verpflegung verordnete, drei Tage in der Haftzelle verbüßen müssen, um erst dann wieder in verschlimmertem Zustande zu ihrem behandelnden Arzt zurückzukommen.

SPD. Beuthen, 1. Oktober (Eig. Drahtb.)

Die oberschlesische Sozialdemokratie steht geschlossen hinter dem Parteivorstand. Die Ortsgruppe Beuthen der Sozialdemokratischen Partei, die zweitstärkste Ortsgruppe in Oberschlesien, hielt am Mittwoch-Abend eine ausserordentlich stark besuchte Mitgliederversammlung ab, in der zu den Spaltungsbestrebungen Stellung genommen wurde. Gegen eine einzige Stimme wurde eine Entschliessung angenommen, in der sich die Ortsgruppe für die Erhaltung der Einheit der Partei und gegen jegliche Spaltung ausspricht. Die Entschliessung hat folgenden Wortlaut: "Die Ortsgruppe Beuthen der Sozialdemokratischen Partei ist sich darüber einig, dass seitens der Parteiführung eine Steigerung der politischen Aktivität eintreten muss. Sie erwartet von der Führung, dass sie sich mit aller Energie den drohenden sozialen Verschlechterungen der Massen widersetzt. Sie hat weiterhin das vollste Vertrauen zu den Führern und spricht sich für die Erhaltung der Einheit der Partei und gegen jede Spaltung aus."

Eine ähnliche Entschliessung ist auch von der stärksten Ortsgruppe Oberschlesiens in Hindenburg gefasst worden.

SPD. Breslau, 1. Oktober (Eig. Drahtb.)

Die Hochwassergefahr in Schlesien gilt mehr oder minder als beseitigt. Der Scheitel der Welle befindet sich gegenwärtig in der Gegend von Steinau. Stärkere Ueberschwemmungen sind nur noch für das Bartsch-Gebiet zu erwarten, da infolge des Oderwasser-Andranges an der Bartsch ein Rückstau erfolgt. Wahrscheinlich werden von den Ausuferungen der Bartsch auch umfangreiche Kulturländereien betroffen, sodass mit einem empfindlichen Schaden der dortigen Landwirtschaft zu rechnen ist.

SPD. Beuthen, 1. Oktober (Eig. Drahtb.)

Im Verlauf einer kommunistischen Demonstration am Mittwoch-Abend in Beuthen wurde die Polizei von den kommunistischen Demonstranten mit Pflastersteinen und Biergläsern attackiert. Zwei Beamte der Schutzpolizei wurden von den Kommunisten abgedrängt und tätlich angegriffen, sodass sie zur Schusswaffe greifen mussten. Fünf Personen wurden dabei verletzt, darunter auch eine Frau.

SPD. Die Reichsarbeitsgemeinschaft der Deutschen Presse hat folgendes Telegramm an den Reichskanzler Dr. Brüning, den Reichsinnenminister Dr. Wirth, den Reichsfinanzminister Dietrich, an Außenminister Dr. Curtius und an den Staatssekretär im Reichsjustizministerium Joelgesandt:

"Reichsarbeitsgemeinschaft der Deutschen Presse hat am 24. Sept. Ihre Aufmerksamkeit auf die schweren Gefahren gelenkt, die in der Pressenotverordnung für die Zeitungen, die Allgemeinheit und für den Staat liegen. Das Verbot der Neuen Badischen Landeszeitung durch die badische Landesregierung ist ein überzeugender Beweis dafür, welche Möglichkeiten des Missbrauchs die Pressenotverordnung auch in der jetzigen Fassung noch gibt. Dieses Verbot kann nur als ein Missbrauch des Verbotsrechts gewertet werden. Dass offenbar auch Mitglieder des Kabinetts dies so beurteilen, beweist Eingreifen des Reichsinnenministers, das zur sofortigen Aufhebung des Verbotes geführt hat. Preussische Kundgebung zum Volksentscheid und Verbot der Neuen Badischen Landeszeitung sind hinreichende Beweise für die Unmöglichkeit, die Pressenotverordnung aufrecht zu erhalten. Bei aller Würdigung der staatspolitischen Notwendigkeiten, den Missbrauch der Pressefreiheit zu verhindern, erbittet die Reichsarbeitsgemeinschaft der Deutschen Presse erneut und eindringlich, die deutschen Zeitungen von Eingriffen zu schützen, die dem Sinn und Zweck des Gesetzes widersprechen und die abgesehen von den schweren wirtschaftlichen Schädigungen den deutschen Zeitungen nicht die Möglichkeit geben, ihre Aufgaben im Dienste der Allgemeinheit so zu erfüllen, wie es gerade in der heutigen Zeit notwendig ist. Reichsarbeitsgemeinschaft der Deutschen Presse."

SPD. Nanking, 1. Oktober (Eig. Drahtber.)

Die in Korea stationierte japanische Armee ist mobil gemacht worden. Zwei Divisionen dringen in der Richtung nach Mukden vor. Die Verfolgung der Peking=Mukden=Bahn durch japanische Militärflugzeuge wird fortgesetzt. Ein zweiter Überfall auf den Peking=Mukden=Zug, vermutlich durch japanische Agenten, wird gemeldet. Zwei japanische Kriegsschiffe sind in Haichow eingetroffen. 500 Marine-soldaten sind gelandet. Die Vertreter der Nanking=Regierung und der Kantonregierung kamen gestern in Hongkong zusammen und scheinen zu einem befriedigenden Ergebnis zu kommen.

SPD. Paris, 1. Oktober (Eig. Drahtber.)

Die am Donnerstag veröffentlichte Bilanz der Bank von Frankreich, die sich auf die Woche vom 18. bis 25. September erstreckt, weist eine Erhöhung des Goldbestandes um 771 Millionen Francs auf. Der Notenumlauf hat sich in derselben Zeit um 598 Millionen Francs auf über 78 Milliarden erhöht. Die Golddeckung der Banknoten beläuft sich jetzt auf 57,02 Prozent. Am Donnerstag=Vormittag sind in Le Bourget drei Flugzeuge mit 4580 Kilogramm Gold aus Amsterdam eingetroffen. Das englische Pfund ist am Donnerstag an der Pariser Börse auf 100,75 Francs gestiegen.

SPD. Paris, 1. Oktober (Eig. Drahtber.)

Die Abreise Lavals nach Amerika zum Besuch des Präsidenten Hoover ist endgültig auf den 16. Oktober festgesetzt worden. Während seiner Abwesenheit wird Laval als Ministerpräsident von dem Justizminister Bérard und als Innenminister von Tardieu vertreten werden.

SPD. Das von dem deutschnationalen Parteiführer Dr. Hugenberg angekündigte gemeinsame Vorgehen der "nationalen Opposition" nach dem Wiedertzusammentritt des Reichstags wird, nachdem die Zustimmungserklärung der Nationalsozialisten jetzt vorliegt, zustande kommen, die gemeinsame Besprechung darüber wird aber wahrscheinlich erst unmittelbar vor dem Wiederbeginn der Reichstagsverhandlungen stattfinden. Ausser den in Betracht kommenden parlamentarischen Parteien, also den deutschnationalen, den Nationalsozialisten und den aus der Landvolkfraktion ausgeschiedenen Abgeordneten werden, wie das Nachrichtenbüro der VdZ hört, auch ausserhalb der Parteien und des Parlaments stehende nationale Kreise an der Besprechung beteiligt sein. Fest steht bereits, dass diese Verhandlungen die Einbringung eines gemeinsamen Misstrauensantrages gegen das Kabinett Brüning durch die parlamentarischen Vertreter der nationalen Opposition zur Folge haben werden. Die Nationalsozialisten haben auch ein Misstrauensvotum gegen den Aussenminister Dr. Curtius angekündigt. Bei den Deutschnationalen ist eine Entscheidung über diese Sonderfrage noch nicht gefallen. Ob die Deutschnationalen sich an einem besonderen Misstrauensantrag gegen Dr. Curtius beteiligen, wird sich erst in der gemeinsamen Besprechung der nationalen Opposition entscheiden.

SPD. Paris, 1. Oktober (Eig. Drahtb.)

Infolge der Wirtschaftskrise und der Entwertung des englischen Pfundes sind die Erzgruben von Diélette bei Cherbourg, die vor dem Kriege der Firma Thyssen gehörten, stillgelegt worden. 250 Arbeiter sind dadurch brotlos geworden. In Cherbourg selbst macht sich die Krise durch ein bedeutendes Nachlassen des Transatlantikverkehrs bemerkbar. Mit Ausnahme der deutschen Schifffahrtsgesellschaften haben alle anderen Gesellschaften die Zahl der Ueberfahrten verringert.

SPD. Paris, 1. Oktober (Eig. Drahtb.)

Nach einer Meldung aus Hongkong sind dort Vorverhandlungen über eine Einigung zwischen Nanking und Kanton mit der Annahme folgender Beschlüsse beendet worden, die aber noch der Billigung Tschiangkaischeks bedürfen: 1. Tschiangkaischek wird in einer Erklärung seine Demission ankündigen, worauf die Kanton-Regierung gleichfalls zurücktritt; 2. Wangtschingwei wird an das chinesische Volk eine Botschaft richten, in der er seine zukünftige Politik betreffend der Vereinheitlichung Chinas auseinandersetzt; 3. eine Konferenz über die Einigung wird darauf in Schanghai stattfinden.

SPD. Hamburg, 1. Oktober (Eig. Drahtb.)

In dem Prozess gegen den ehemaligen Oberwachtmeister Pohl wurde am Donnerstag mittag vom Oberstaatsanwalt nach einem längeren Plädoyer der Strafantrag gestellt. Der Oberstaatsanwalt beantragte 5 Jahre Zuchthaus für den Angeklagten

SPD. Zu den bedeutungsvollen Verhandlungen, die Reichskanzler Dr. Brüning mit den Führern der Sozialdemokratie gepflogen hat, wird dem Nachrichtenbüro des Vereins Deutscher Zeitungsverleger in gut unterrichteten Kreisen gesagt, man müsse annehmen, dass die Reichsregierung die Absicht aufgegeben habe, auf dem gesetzlichen Wege einen Eingriff in das Tarifrecht vorzunehmen, nachdem die Vertreter der SPD auf die schwerwiegenden parlamentarischen Folgen

eines solchen Schrittes hingewiesen hatten. Man könne damit rechnen, dass die Reichsregierung nunmehr die Absicht habe, nach Erlass der grossen Notverordnung Unternehmer- und Arbeitervertreter zusammen zu berufen, um den Versuch zu machen, zwischen beiden eine Verständigung über die Lohnfragen herbeizuführen.

SPD. Die Abgeordneten Ströbel, Siemsen, Ziegler, Portune, Seydewitz und Rosenfeld haben sich beim Reichstagsbüro von der sozialdemokratischen Fraktion abgemeldet. Oettinghaus hat mitgeteilt, dass er zu den Kommunisten geht.

Die Leipziger Volkszeitung schreibt zu dem Fall Oettinghaus:

"Der Genosse Jenssen hat den Schritt, den Oettinghaus beging, als eine "infame Treulosigkeit" charakterisiert. Dem aufmerksamen Beobachter hat Oettinghaus keine Enttäuschung gebracht. Seinen engeren Kampfgenossen gegenüber beging er freilich eine Treulosigkeit, die mit "infam" keineswegs zu scharf gekennzeichnet worden ist. Am 25. September erschien sein Name - und zwar als erster - unter dem Aufruf der "Fackel", der gegen die Entscheidung des Parteiausschusses gerichtet war. Am 26. September abends berichtete er bereits in einer Funktönärversammlung des Metallarbeiterverbandes in Gevelsberg über seinen neuesten Entschluss. Er berichtete dort über eine Aussprache, die er mit Thälmann hatte. Thälmann habe Walter Oettinghaus in der Gewerkschaftsfrage Zugeständnisse gemacht. Was daran Wahres ist, wird demnächst zu ersehen sein. Wir werfen in diesem Zusammenhange nur die Frage auf: Hat diese Aussprache zwischen Oettinghaus und Thälmann nach dem Abdruck des Fackelaufwurfes stattgefunden? Wenn Oettinghaus am 26. September bereits in Gevelsberg über seinen Schritt berichtet hat - die Reise nach Gevelsberg erfordert immerhin 10 Stunden Zeit -, dann muss er unmittelbar nach der Unterzeichnung des Aufrufes zu Thälmann gegangen sein. Wahrhaftig, eine "infame Treulosigkeit". Wir glauben indes, dass er gleichzeitig mit Thälmann konspirierte, als er mit Seydewitz und Rosenfeld noch an einem Tische sass."

Die Leipziger Volkszeitung macht ferner Mitteilung darüber, in welcher Weise und in welcher Gesinnung von Sendboten der Rosenfeld und Seydewitz agitiert worden ist:

"In den ländlichen Gebieten des Leipziger Bezirks befand sich gegenwärtig die aus der Schweiz stammende Genossin Dueby auf einer Agitationstour. Ihre Einstellung zu den taktischen Problemen der Partei war hinreichen bekannt. Auf dem Leipziger Parteitag spielte sie die Mittelsperson zwischen Dr. Sternberg - einem der Hintermänner des "Roten Kämpfer" in Köln - und Walter Oettinghaus, der nunmehr am Ziele seiner Reise ist. Trotzdem wurde Frau Dueby für eine Versammlungstour im Leipziger Bezirk verpflichtet, womit sich nur ergibt, welche Meinungsfreiheit gerade in den Bezirken gewährleistet wird, gegen die ansonsten mancherlei Vorwürfe erhoben worden sind. Merkwürdigerweise hat Frau Dueby in ihren Versammlungen immer übersehen, sich mit den Kommunisten auseinanderzusetzen. Als sie darob von einigen führenden Genossen befragt worden war, erklärte sie kurzerhand, das könne sie nicht, das widerspreche ihrer politischen Einstellung. Alles Weitere ergibt sich ganz von selbst."

Die nächsten Freunde von Rosenfeld und Seydewitz fühlen sich hintergangen, so hat der Abgeordnete Bergholz in einer Zeitzer Parteiversammlung eine Erklärung abgegeben, über die der Zeitzer Volksbote berichtet:

"Dann erzählte Genosse Bergholz von seiner Unterredung mit Genossen Seydewitz in der Nacht nach der Parteiversammlung und stellte zu allgemeiner Ueberraschung fest, dass auch er von Seydewitz nicht informiert worden sei über sein Vorgehen, wie dies Seydewitz ja auch seinen engsten Mitarbeitern in Zwickau vorenthalten habe."

Der Braunschweiger "Volksfreund" stellt fest:

"Oppositionelle, wie Otto Jensen, hatten ihre nach Levis Tode immer zerfahrener gewordene Oppositionsführung gewarnt, mit der Parteispaltung zu spie-

len und sich der Schwere der Verantwortung klar zu werden. Seydewitz und Rosenfeld haben geglaubt, derartige Warnungen ihrer eigenen politischen Gesinnungsfreunde unbeachtet zu lassen und dem Beschluss des Parteiausschusses entgegenzuhandeln zu sollen."

Aus allen diesen Vorwürfen ergibt sich eins ganz klar: man hat selbst in den Kreisen der Opposition mit Entsetzen gesehen, dass Rosenfeld und Seydewitz auf die Spaltung lossteuerten. Man hat gewarnt, aber vergebens. Die Vorbereitungen wurden so konspirativ getroffen, dass heute selbst nahe Freunde der von den Ausgeschlossenen sich hintergangen und betrogen fühlen. Die Unwahrhaftigkeit der Beteuerungen von Rosenfeld und Seydewitz, dass sie keine Sonderorganisation aufgezogen hätten, wird jetzt von denen enthüllt, die sie aus der Nähe gesehen haben.

SPD. Der Reichstagsausschuss für das Wohnungswesen behandelte unter dem stellvertretenden Vorsitz des Abg. Lucke (Wirtschaftspartei) eine Reihe von Petitionen.

Bei dieser Gelegenheit eröffnete Abg. Lipinski (Soz) dem Ausschusse, dass er in den Besitz eines Ressortentwurfs zu einer neuen Notverordnung gelangt sei, aus der hervorgehe, dass die Mieterschutzgesetzgebung einschneidenden Änderungen unterzogen werden soll. Der Mieterschutz soll für grosse und für geteilte Wohnungen aufgehoben werden; den Mietern solcher Wohnungen wird der Schutz des Wucherparagraphen 49 a und das Recht zum Schiedsverfahren nach § 52a entzogen. Auch soll den Untermietern der Mieterschutz entzogen werden. Ersatzraum wird nicht mehr gewährt. Die Mieteinigungsämter bei den Amtsgerichten sollen aufgehoben werden, dafür sollen für die Gemeinden Mieteinigungsämter zugelassen werden. Die Zuweisung von Wohnungen durch die Wohnungsämter ohne Einwilligung des Hausbesitzers wird den Wohnungsämtern nur noch gestattet bei Wohnungen bis zu einer Jahresmiete von vierhundert Reichsmark. Mieterschutz, Mietengesetz und Wohnungsmangelgesetz werden ab 1. April 1933 (neunzehnhundert-dreiunddreissig) aufgehoben. In Verbindung mit diesen Mitteilungen beantragte Abg. Lipinski (Soz) die Reichsregierung zu ersuchen, von einer Änderung des Mieterschutzgesetzes, des Mietengesetzes und des Wohnungsmangelgesetzes Abstand zu nehmen, bis das soziale Mietrecht gesichert ist. Es entspann sich daraufhin eine lebhafte Debatte, an deren Ende der Ausschuss beschloss, für eine weitere Sitzung des Wohnungsausschusses den Reichsarbeitsminister und den Leiter des Reichsjustizministeriums zum Zwecke der Auskunftserteilung darüber einzuladen, welche Lockerungen der Mieterschutzgesetzgebung durch die neue Notverordnung vorgenommen werden sollen. Erst nach Erhalt dieser Auskunft will dann der Ausschuss über den sozialdemokratischen Antrag Beschluss fassen.

SPD. Der Reichsrat beriet am Donnerstag den Entwurf von Durchführungsbestimmungen zur Bürgersteuer für 1931. Der Entwurf schliesst sich im allgemeinen an die Bestimmungen für 1930 an, enthält aber eine Reihe wesentlicher Änderungen. Die aller kleinsten Einkommen bis zu 500 Mark jährlich werden von der Bürgersteuer freigelassen. Wenn aber ein Vermögen, z.B. ein landwirtschaftliches Betriebsvermögen 5000 Mark übersteigt, wird der Steuerpflichtige zur Bürgersteuer herangezogen, auch wenn das Einkommen aus diesem Vermögen 500 Mark jährlich nicht erreicht. Die Zahlungstermine für die Bürgersteuer und für die Lohnsteuerpflichtigen werden auf die Zeit vom Januar bis zum Juni 1932 verteilt. Auf den veranlagten Steuerpflichtigen fallen sie im Januar, Februar und März 1932. Im übrigen ist ein vereinfachtes Verfahren eingeführt worden. Die Steuer wird immer direkt an die Gemeinden und nicht mehr an die Finanzkasse zu entrichten sein.

SPD. Die Deutsche Mittelstandbank A.G., Berlin=Charlottenburg, die der Führung des Vorsitzenden der Wirtschaftspartei Drewitz überlassen war, scheint jetzt endgültig pleite gegangen zu sein, nachdem sie schon im Hochsommer ungünstig von sich reden gemacht hatte. Das Berliner Hauptgeschäft und die Filiale in Görlitz schliessen ihre Schalter. Die Bank bemerkt dazu, dass "die Auszahlungen mit dem Rückfliessen der im Interesse des Mittelstandes ausgegebenen Kredite nicht mehr Schritt halten können". Es wird ein gerichtlicher Vergleich angestrebt.

Dass es mit der Deutschen Mittelstandsbank zu Ende gehen würde, das haben seit Monaten die Spatzen von den Dächern gepfiffen. Eine Geschäftsführung die sich über die elementarsten Rücksichten hinweg setzte, konnte nur dieses Schicksal haben. Anscheinend ist das Misstrauen der Einleger gegen die Geschäftsproaktiken des Vorstandes unter Führung des Wirtschaftsparteilers Drewitz so stark geworden, dass sie ihr Geld nun kategorisch zurückfordern. Bereits im Juni 1931 musste die Bank saniert werden, da die Hälfte des Aktienkapitals verloren war. Das Kapital wurde von 0,6 auf 0,3 Millionen Mark herabgesetzt und sollte auf 0,9 Millionen Mark wieder erhöht werden. Es scheint aber so, als ob dem Unternehmen keine neuen Mittel zugeflossen seien. Was man von den "im Interesse des Mittelstandes" ausgegebenen Krediten zu halten hat, ist mehr als fragwürdig, befanden sich doch unter den Forderungen der Bank von 1,7 Millionen Mark auch die Werte für die sieben Häuser, die die Bank übernommen hatte. Durch diese unglaubliche Finanzierungsmethode suchte Herr Drewitz den wahren Stand der Bank zu verschleiern. Es sei auch daran erinnert, dass er selbst einen Teil der Verlust auf "politische Streitigkeiten innerhalb der Verwaltung" zurückführte. Gegen ein Mitglied des Vorstandes schwebt noch ein Strafverfahren.

SPD. Durch die Verordnung des Reichspräsidenten vom 5. Juni 1931 ist der Vorstand der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung ermächtigt und verpflichtet, den Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben der Reichsanstalt sicherzustellen. Auf Grund dieser Verordnung hat der Vorstand in seiner Sitzung vom 1. Oktober d. Js. beschlossen, die Höchstdauer der versicherungsmässigen Arbeitslosenunterstützung von 26 Wochen auf 20 Wochen, für berufsunfähig Arbeitslose auf 16 Wochen, zu kürzen. Der Vertreter der Reichsregierung stimmte dem Beschluss des Vorstandes zu. Die Neuregelung tritt am 5. Oktober in Kraft. Die durch den Beschluss des Vorstandes erzielte Einsparung soll die finanziellen Anforderungen sicherstellen, die bei einer Höchstzahl von $6\frac{1}{2}$ Millionen Arbeitslosen im kommenden Winter für Unterstützungsleistungen in der Arbeitslosenversicherung erwachsen werden. Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit hat sich bisher so gestaltet, dass im laufenden Jahre in der Zeit zwischen dem tiefsten Stand des Sommers und dem 15. September die Zahl der Arbeitslosen um rund 370 000 gestiegen ist, d. h. nicht erheblich stärker als in der entsprechenden Zeit des Vorjahres, wo die Zunahme rund 348 000 betrug. Am 15. September ds. Js. belief sich die Zahl der Arbeitslosen auf rund 4,3 Millionen. Ein abschliessendes Urteil über die weitere Entwicklung ist z. Zt. nicht möglich.

SPD. Paris, 1. Oktober (Eig. Drahtber.)
Der Verbrecher, der am Mittwoch in Dijon zwei Kriminalbeamte erschossen hat und sich in einem Walde bei Semur verborgen hielt, wurde am Donnerstag-Nachmittag von einem Gendarmen entdeckt und niedergestreckt, als er im Begriff war, mit zwei Revolvern auf zwei Gendarmen anzulegen.

SPD. Die Verhandlungen der Reichsregierung über die neue Notverordnung schreiten nur langsam vorwärts, sodass es als zweifelhaft angesehen werden muss ob sie noch im Laufe dieser Woche fertiggestellt und veröffentlicht wird. Diese Verzögerung ist ein Beweis für die heftigen Auseinandersetzungen, die auch innerhalb der Reichsregierung über den Inhalt der neuen Notverordnung ausgefochten werden. Zu den sehr umstrittenen Fragen gehört nach wie vor der Abbau der Hauszinssteuer. Schon jetzt ist es aber sicher, dass der ursprüngliche sehr weitgehende Plan der alsbaldigen völligen Beseitigung der Hauszinssteuer und Ersatz durch die Umsatzsteuer nicht mehr zur Diskussion steht, und dass nur noch ein Teilabbau der Hauszinssteuer zum Ausgleich für die erhöhten Aufwertungsziinsen geplant ist. Allerdings muss auch diese Absicht scharfe Bedenken hervorrufen, weil jeder Abbau der Hauszinssteuer den öffentlichen Finanzen Mittel entzieht, den Wohnungsbau drosselt und auch mit Härten für die sozial schwächsten Schichten verbunden ist. Insbesondere die letzte Gefahr muss auf das schärfste bekämpft werden. Es darf nicht dazu kommen, dass die Hauszinssteuer für den Hausbesitzer ermässigt wird, der minderbemittelte Mieter aber, dem bisher die Hauszinssteuer erlassen wurde, nun dadurch indirekt eine höhere Miete zu zahlen hat.

Diese Gefahr zu beseitigen, ist die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, wie die Verhandlungen des Wohnungsausschusses des Reichstages zeigen, bestrebt. Im Wohnungsausschuss haben die sozialdemokratischen Abgeordneten den Kampf gegen eine weitere Verschlechterung der Mieterschutz-Gesetzgebung aufgenommen.

Den vereinten Anstrengungen der Sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften scheint es auch zu gelingen, die drohende Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung und einen Eingriff in das Tarifrecht der Arbeiter und Angestellten zu verhindern. Es war geplant, die Unterstützungssätze in der Arbeitslosenversicherung auf die Sätze der Krisenunterstützung herabzudrücken. Dieser Plan ist fallen gelassen worden. Es verlautet auch, dass die Reichsregierung davon Abstand nehmen will, durch eine Notverordnung einen Eingriff in das Tarifrecht vorzunehmen, obwohl die Unternehmerverbände durch ihr erst vor wenigen Tagen veröffentlichtes Programm etwas derartiges verlangt haben. Die Absicht der Reichsregierung ist, den Versuch zu unternehmen, durch eine von ihr herbeigeführte Zusammenkunft zwischen den Organisationen der Unternehmer und den Organisationen der Arbeiter eine Aussprache über die Gestaltung des Tarifwesens herbeizuführen.

Die von der Reichsregierung bereits vor einigen Wochen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zugesagte Beseitigung der sozialen Härten in der Notverordnung vom 5. Juni wird einen besonderen Teil der neuen Notverordnung bilden. Durch diese Abänderungen wird das Tarifrecht der Gemeindearbeiter wiederhergestellt, die Arbeitslosenversicherung bezüglich der Saisonarbeiter, der Heimarbeiter, der Kurzarbeiter und der Jugendlichen verbessert und ausserdem eine Reihe von Verbesserungen in der Fürsorge für die Kriegsbeschädigten durch geführt.

SPD. Köln, 1. Oktober (Eig. Drahtber.)

Die Arbeitgeber der Metallindustrie, der Blech- und Metallwarenindustrie und der Auto- und Karosseriebranche in Köln haben die Lohntarife gekündigt.

SPD. Aachen, 1. Oktober (Eig. Drahtber.)

Im Wurmrevier forderten die Kommunisten die Bergarbeiterschaft zum Generalstreik auf, jedoch ist der Parole am Donnerstag morgen nur von etwa 200 Mann von der rund 10 000 Mann starken Belegschaft gefolgt worden.

SPD. Paris, 1. Oktober (Eig. Drahtb.)

Nach einer Meldung aus Karachi (Indien) hat ein französisches Postflugzeug der Linie Indochina-Frankreich, das am Mittwoch in Karachi gestartet war, im Fluge Feuer gefangen und ist bei einer Ortschaft in Balutschistan abgestürzt. Der Führer und sein Mechaniker wurden schwer verletzt.

SPD. Bochum, 1. Oktober (Eig. Drahtb.)

Zu der zweiten Notverordnung für den Ruhrbergbau wird aus Bergarbeiterkreisen erklärt, dass sie an sich eine erhebliche Milderung des Lohnabbaues, und zwar von 7 auf $3 \frac{3}{4}$ Prozent bringe, aber nur für Untertagearbeiter. Das müsse die Übertagearbeiter zum schärfsten Protest herausfordern, denn auch für sie seien 7 Prozent Lohnabbau absolut unerträglich, da sie schon ohnehin zu sehr bescheidenen Lohnsätzen arbeiteten und ebenfalls stark von Feierschichten betroffen werden. Die Unternehmer ernteten für ihre Untertagebelegschaft eine Lohnerleichterung von $10 \frac{1}{4}$ Prozent. Es ist selbstverständlich, dass eine Kohlenpreissenkung jetzt unbedingt eintreten muss. Die Regierungsmassnahmen bleiben sonst vollkommen unverständlich. Da in fast allen grossen Bergbaurevieren, besonders in den Steinkohlengebieten, die Lohntarife gekündigt sind, kann die Notverordnung sich nicht nur auf das Ruhrgebiet beschränken. Was man dem Ruhrgebiet gewährt, muss man den anderen Revieren, deren Löhne noch niedriger sind, ebenfalls zubilligen. Darüber besteht zwar in der Notverordnung nur eine Kannvorschrift, ihre Anwendung ist aber ein moralisches Muss. Die Ermächtigung des Reichsarbeitsministers, durch die Notverordnung die Laufdauer des Schiedsspruches zu ändern, ist sehr bedenklich, da bisher dafür die Zustimmung beider Tarifparteien, also der Weg der freien Vereinbarung notwendig war. Gegen die jetzige Regelung sind schwere grundsätzliche Bedenken zu erheben.

SPD. Naumburg, 1. Oktober (Eig. Drahtb.)

Der Stahlhelm hat gegen den sozialdemokratischen Zeitzer "Volksboten" Strafantrag gestellt, weil er die Namen von Abstimmungsberechtigten, die sich am Volksentscheid beteiligt hatten, veröffentlicht hatte. Hierzu teilte die Staatsanwaltschaft Naumburg mit, dass sie das Verfahren eingestellt habe, weil der in der Anzeige vorgebrachte Sachverhalt den Tatbestand einer strafrechtlich zu ahndenden Handlungsweise nicht erkennen lässt.

SPD. Halle, 1. Oktober (Eig. Drahtb.)

Der Verband der mitteldeutschen Metallindustriellen, der die Bezirke Halle, Dessau und Magdeburg umfasst, hat zum 31. Oktober mit dem Ziel des Lohnabbaus den Tarif gekündigt.

SPD. Hamburg, 1. Oktober (Eig. Drahtb.)

Das Urteil des Schwurgerichts gegen den Oberwachtmeister Pohl lautet auf zwei Jahre Gefängnis wegen versuchten Totschlags. Mildernde Umstände wurden dem Angeklagten im weitgehendsten Umfange zugestanden.

SPD. Wien, 1. Oktober (Eig. Drahtb.)

In der Begründung der sozialdemokratischen dringlichen Anfrage wegen des Heimwehrputsches wies Dr. Eisler die Mitschuld des steierischen Landeshauptmanns Rintelen nach und legte die Verquickung der Verwaltung und Justiz in Steiermark mit den Heimwehren dar. Bundeskanzler Buresch erklärte, dass die Regierung ihre Schuldigkeit getan habe. Der Innenminister Winkler weist an Hand von Dokumenten nach, dass der Putsch von langer Hand vorbereitet war. Er hätte schon im vorigen Jahre ausbrechen sollen. Im österreichischen Heimatschutz sei bereits der Befehl ausgegeben worden, dass am Tage vor dem Putsch, am 12. September, der Landeshauptmann Schlegel, der Minister Vaugoin und er, Winkler, verhaftet werden sollten. Diese Mitteilung wird namentlich bei Nennung Vaugoins mit grosser Heiterkeit aufgenommen. Im weiteren spricht Heeresminister Vaugoin, dass das Heer seine Pflicht getan habe. Der Justizminister Dr. Schürff erklärte, dass die Justiz gegen alle Schuldigen vorgehen werde. Der Heimwehrabgeordnete Hueber verweist auf den 5. Juli und beschuldigt die Sozialdemokraten, ebenfalls einen Putsch geplant zu haben. Seine Ausführungen gehen unter in dem stürmischen Protest und unter dem Gelächter der Sozialdemokraten. Zu Sturmszenen kommt es, als der steierische Landeshauptmann Rintelen das Wort ergreift. Die Sozialdemokraten rufen ihm immer wieder zu, dass er der Hauptschuldige ist. Er muss seine Ausführungen in dem allgemeinen Lärm abbrechen. Im Namen der Landbündler sprach der Abg. Thoma, der Präsidentschaftskandidat der Landbündler. Er rechnete mit den Heimwehrleuten energisch ab und erklärte, dass die Landbevölkerung das hochverräterische Treiben ablehne

SPD. Bochum, 1. Oktober (Eig. Drahtb.)

Die kommunistischen Streiks im Ruhrbergbau haben in der Mittagsschicht vom Donnerstag keine wesentliche Ausdehnung erfahren. Von 7 844 Mann Belegschaft der Mittagsschicht auf 14 Zechen streiken 3 493 gegenüber 3 508 Streikenden von 9 173 Mann der Frühschicht in elf Zechen. Auf den Zechen Wahltrop, Vereinigte Wehlheim und Prosper II. in Bottrop musste Schutzpolizei zur Säuberung der Zechentore eingesetzt werden, da die Kommunisten mit Gewalt die Ein- bzw. Ausfahrt verhindern wollten. Ein Plakatträger, dessen Text "Blaue Garde Severings meutert" lautete, wurde verhaftet. Es streikten am Donnerstag mittag in Rädbod 488 von 542, Sachsen 375 von 487, de Wendel 445 von 833, Minister Achenbach 245 von 735, Wahltrop 24 von 260, Prosper II 432 von 766, Wehlheim 104 von 255, Friedrich Thyssen 4/8 53 von 340, Thyssen 2/5 255 von 925, Neumühl 29 von 807, Diergardt I. 40 von 410, Friedrich Heinrich 631 von 966, Niederrheinische Bergwerksgesellschaft 372 von 518 und Norddeutschland 248 von 331.

SPD. Essen, 1. Oktober (Eig. Drahtb.)

In der nächsten Woche, vermutlich am Donnerstag, den 8. Oktober, werden Vertreter des preussischen Handelsministeriums und des Reichsarbeitsministeriums im Ruhrgebiet Untersuchungen über die Arbeitsvorgänge und die Arbeitsweise in den Hüttenbetrieben anstellen, deren Auswertung in einer anschließenden Konferenz mit den Unternehmern und den Gewerkschaften erfolgen wird. Der Deutsche Metallarbeiter-Verband hat beschlossen, die Regelung der Arbeitszeitfrage dem Schlichter zu übertragen. Die Verhandlungen darüber finden in der übernächsten Woche statt. Bekanntlich hat sich der DMV an der zwischen den Unternehmern und den übrigen Gewerkschaften abgeschlossenen Vereinbarung nicht beteiligt.

Blößen

ERSCHEINT NACH BEDARF

Wer bezahlt die nazi Kasernen?

SPD. In allen Städten werden systematisch nazi-Kasernen aufgezogen, die unter dem Decknamen SA-Heime gehen. In diesen Kasernen werden Sturmtrupps der sogenannten SA bereitgehalten. Ihre Zweckbestimmung geht aus der ununterbrochenen Folge von Ueberfällen auf Andersdenkende, und nicht zuletzt aus den letzten organisierten Berliner Krawallen am Kurfürstendamm hervor. Es erhebt sich die Frage, wie diese Kasernen unterhalten werden. In Düsseldorf ist ein Sammelbuch für die SA-Küche, die die Nazi-Kaserne mit Essen beliefert, in die Hände der sozialdemokratischen Zeitung gefallen. Es geht daraußhervor, dass die Exzellenzen und Herren von und zu, bei Beamten und Geschäftsleuten für die SA-Kasernen geschnorrt wird. In Meissen verschicken die Nationalsozialisten den folgenden Brief:

"Ein Notwinter mit seinen grauenhaften Folgeerscheinungen des Hungers und der Kälte klopft hart auch an die Türen unserer arbeitslosen Parteigenossen. Unsere Braunhemden, die Tag um Tag mit dem Einsatz ihres Lebens den schweren Kampf gegen Marxismus und Bolschewismus kämpfen und damit sich einsetzen gegen die völlige Vernichtung wertvoller Volksgüter, haben meist nicht das Nötigste, eine warme Stube und warmes Essen. Um diese Not zu steuern, haben wir beschlossen, eine Notstandsküche und einen gehäizten Aufenthaltsraum für unsere erwerbslosen Braunhemden zu schaffen. Wir benötigen Kartoffeln, Möhren, Rot- und Weisskraut, Holz, Kohlen usw."

Das ist der infamste Missbrauch, der mit dem Gedanken der Nothilfe und der Winterhilfe für Erwerbslose getrieben werden kann. Die Idee der Nothilfe wird missbraucht, um den Nationalsozialisten kostenlos Verpflegung und Wohnung für ihre Schlägerkolonnen zu beschaffen. Die Kasernenräume werden von Unternehmern bezahlt, Verpflegung und Heizung müssen die Spiessbürger liefern, denen man vom schweren Kampf gegen Marxismus und Bolschewismus erzählt, und die Besoldung der SA-Stürm übernimmt der Staat auf dem Umweg über die Arbeitslosenunterstützung. Wie lange soll dieser Unfug der Nazikasernen, die Duldung dieser Unruheherde, die eine ständige Bedrohung der Ruhe und Ordnung darstellen, noch geduldet werden?

Wie sie kneifen.

Vor dem Disziplinarhof in Lübeck wurde gegen den nationalsozialistischen Studienrat Barlem wegen seiner aktiven Propaganda für die Nationalsozialistische Partei verhandelt. Im Laufe der Verhandlungen wurde er über seine Ansicht zu den Äusserungen prominenter nationalsozialistischer Führer befragt. Er sollte sich Äussern über die Bemerkung Brückners "Von der Oder bis zum Rhein glimmt das Feuer des Aufruhrs", "Wenn der Führer ruft, marschieren Millionen", ferner über blutrünstige Äusserungen von Göbbels, über die Äusserungen "Köpfe müssen rollen - Die Laternenpfähle werden nicht ausreichen, um die Sozis aufzuhängen", alles Äusserungen von Hitler, Goebbels und Frick. Der Herr Studienrat hat in der Propaganda selbstverständlich ins gleiche Horn gestossen. Vor dem Disziplinargericht jedoch erklärte er, alle diese Äusserungen seien notorische Dummheiten und dummes Zeug. In die Enge getrieben versicherte er schliesslich: "Die Leute glauben das ja selber nicht, wenn sie das schreiben." Das ist der echte Bekennermut! Vor den eigenen Anhängern nehmen sie das Maul voll, vor Gericht erklären sie, dass sie selber nicht glauben, was sie zusammenschreiben? Sie kneifen aus Leibeskräften.

Auch ein Gesichtspunkt.

Die feudale "Kreuz-Zeitung" beschäftigt sich auf ihre Art mit dem Besuch von Laval und Briand in Berlin. Sie betrachtet ihn unter dem Gesichtspunkt eines gesellschaftlichen Ereignisses und zählt Vorläufer für diesen Staatsbesuch auf. Sie zählt auf, den Besuch des Prinzen Napoleon, des Veters von Napoleon III. am Hoflager Friedrich Wilhelms IV., der mit dem preussischen Königshause in entferntem Grade verwandt war. Und weiter einen Besuch des ältesten Sohnes des Königs Ludwig Philipp bei Friedrich Wilhelm III. in Berlin auf seiner Durchreise nach Schwerin, wo er sich mit einer Herzogin von Mecklenburg-Schwerin verehelichte. Es ist selbstverständlich, dass die "Kreuz-Zeitung" gegen jeden Schritt zur deutsch-französischen Verständigung hetzt. Gegen die Staatsbesuche, die der Verständigung und Verschwägerung deutscher und französischer Fürstenhäuser galten, hat sie selbstverständlich nichts einzuwenden.

Lachen für 25 Pfennig.

Die Tabakfabrik Steinbömer und Lubinus in Norden hat eine Arbeitsordnung eingeführt, die als Musterarbeitsordnung für das Dritte Reich gelten könnte. Jeder Arbeiter, der während der Arbeit beim Sprechen angetroffen wird, erhält einen Punkt, ebenso jeder, der es wagt, zu lachen. Jeder Punkt gilt 25 Pfennig. Am Ende der Woche werden jedem Arbeiter soviel mal 25 Pfennige, als er Punkte hat, vom Wochenlohn abgezogen. Eine jugendliche Arbeiterin, die es riskiert hatte, fünf mal in der Woche zu lachen, erhielt am Ende der Woche einen Abzug von 1,25 Mark vom Wochenlohn. Der Stundenlohn der jugendlichen Arbeiter beträgt 32 Pfennige. Für einmal Lachen müssen sie also fast eine Stunde arbeiten.

Dies Patent, um Arbeitern das Lachen abzugewöhnen, sollte die Partei des Herrn Hitler erwerben, um es ihren Rezepten für die Befreiung Deutschlands einzuverleiben. Diese Arbeitsordnung bedarf nur noch einer Ergänzung: Es ist den Arbeitern verboten, zu essen. Das Geld, das sie dadurch ersparen, wird ihnen zu gunsten des Unternehmers vom Lohn abgezogen.

Ein Held.

Der Nazihäuptling Langendorff in Köln überfiel zwei jüdische Damen, die in demselben Haus wie er wohnten. Seit längerer Zeit hatte er sie in der größten Weise beleidigt. Der Nazipogrom am Kurfürstendamm in Berlin hat ihm soviel Mut gemacht, dass er über die eine der Frauen herfiel, sie in der brutalsten Weise misshandelte, so dass sie blutende Verletzungen im Gesicht davontrug. Dieses rohe und brutale Gesindel gebärdet sich als Retter wertvollen Volksgutes. Zum wertvollen Volksgut, wie die Nationalsozialisten es auffassen, scheint vor allen Dingen die Feigheit, die Roheit und die äusserste Brutalität zu gehören.

Antisemit Marx.

Seitdem die Kommunistische Partei auf den Scheringer gekommen ist, findet sie keinen Halt mehr im Abrutschen. Mit ihrer Hilfe wird ein Monatsblatt für Scheringer herausgegeben, das den Titel "Der Aufbruch" führt. Darin wird auseinandergesetzt, dass durch die Judenfrage sich niemand abhalten lassen dürfe, Kommunist zu werden, denn die schärfste Angriffswaffe gegen das Judentum habe Karl Marx mit seinem Aufsatz über die Judenfrage geliefert. Wenn das so weitergeht, werden sie nächstens noch behaupten, Karl Marx sei der Begründer des Antisemitismus gewesen und der eigentliche Vorgänger Hitlers!

Aus aller Welt

Von der Kanzel ins Gefängnis.

Rätsel um einen Pariser Millionenbetrüger - Gefährte von neunzig Bankiers...

SPD. Paris, 30. September (Eig. Ber.)

Die neuste Sensation, über die man in Paris spricht, ist ein an sich gewöhnlicher Millionenbetrug, an dem das Sonderbare die Persönlichkeit des Betrügers ist: es ist dies, merkwürdig genug, ein ehemaliger Pfarrer. Er wird sich demnächst vor dem Pariser Schwurgericht zu verantworten haben.

Ein Jahr vor dem Kriege erhielt die kleine Stadt Fontenay in der Bretagne als neuen Geistlichen einen noch sehr jungen Mann; er hatte ein angenehmes, freundliches Wesen und war in der katholischen Gemeinde des Ortes rasch beliebt. Bei Kriegsausbruch meldete sich Pfarrer Elie Michaud, der in diesem Augenblicke wohl selbst nie geahnt hätte, auf welche Wege ihn das Schicksal noch führen würde, freiwillig; er war ein einfacher Poilu, sah und erlebte aber in diesen Jahren des Grauens doch weit mehr, als es ihm die kleine Stadt Fontenayje erlaubt hätte. Nach dem Kriege kehrte Pfarrer Michaud nicht in seine Gemeinde zurück, verzichtete auf Amt und Würden, beschloss eine neue Existenz zu gründen. Er wurde Kaufmann in Paris; gleichzeitig heiratete er eine schöne und elegante Frau, die höhere Ansprüche stellte, als sie eigentlich das knappe Einkommen zu befriedigen vermochte. Daneben vervollkommnete sich Michaud im Rechtssudium; im Jahre 1924 legte er die Prüfung als Notar ab; kurz darauf trat er bei einem Rechtsanwalt als Gehilfe ein. Der Rechtsanwalt befasste sich mit Vermögensverwaltung der ihm anvertrauten Mündelgelder; Michaud war ein gelehriger Schüler: Im Jahre 1929 machte er ein eigenes Büro auf. Der frühere Chef überwies ihm einen Teil seiner Klienten.

Eines Tages machte man eine schlimme Feststellung: Der Vermögensverwalter Michaud kam nicht in sein Büro, die Polizei liess die Bücher nachprüfen, die traurige Wahrheit liess sich nicht verheimlichen: fünfzig Millionen Franken, also gegen acht Millionen Mark, fehlten von den anvertrauten Mündelgeldern. Wo waren sie geblieben? Ausgegeben, zerschmolzen wie Schnee in den Händen einer schönen, anspruchsvollen Frau.

Und Elie Michaud? Er war verschwunden, die Polizei suchte ihn in Paris und ganz Frankreich, aber fand ihn nicht. Er wandte den Trick aller steckbrieflich Gesuchten an. Kam spät abends in ein Hotel, verliess es vor Morgengrauen wieder. Verschiedene Wochen lebte Michaud so, verfolgt, gehetzt und doch nie gefunden. Einmal muss aber jede Jagd ihr Ende haben und das Gesetz der Wahrscheinlichkeit kennt nur wenig Ausnahmen. Michaud wurde eines Tages doch verhaftet und ins Gefängnis eingeliefert. Nun wartet er in seiner Zelle auf die Aburteilung, zusammen mit den neunzig Bankiers, die die Zellen des Pariser Untersuchungsgefängnisses augenblicklich neben ihm bevölkern.

Inzwischen türmen sich im Zimmer des Untersuchungsrichters die Akten über den Fall Michaud zu Bergen. Eine alte Witwe klagt: "Mir hat Michaud geraten, alles zu verkaufen und das Geld bei ihm anzulegen. Er versprach mir hohe Zinsen und aussergewöhnliche Dividende. Ich hatte Vertrauen. Soll man kein Vertrauen haben zu einem Mann, der mir von bekannten Persönlichkeiten als korrekt, gewissenhaft und zuverlässig empfohlen wurde? Und nun habe ich doch meine ganzen Ersparnisse, hunderttausend Francs, verloren....!" Gegen fünfzig Kinder, deren Erbe in angeblich mündelsicheren Papieren bei Michaud angelegt war, be-

sitzen nicht einen Sou mehr, wenn sie erwachsen sein werden. Sogar die Ersparnisse armer Dienstmädchen und bescheidener Angestellter schonte Michaud nicht. Alles, alles nahm er, alles gab er wieder aus. Täglich kommt es im Büro des Untersuchungsrichters zu erschütternden Szenen, wenn die zahlreichen Zeugen berichten. Wenn Richter Lynch in Frankreich sprechen würde, Elie Michaud wäre nicht mehr am Leben; so gross ist die Empörung.

B.M.V.

+ + +
Zuchthausstrafe für Justizangestellten. Der frühere Berliner Justizangestellter Wolonski wurde vom Schöffengericht Berlin-Mitte wegen Amtsunterschlagung, gewinnsüchtiger Urkundenbeseitigung und Diebstahls zu 1,1 Jahr Zuchthaus verurteilt.

+ + +
Abgestürztes Postflugzeug. In der Nähe von Lasbela (Beludschisten) geriet ein französisches Postflugzeug in Brand und stürzte ab. Drei Personen wurden schwer verletzt.

+ + +
Galant - aber gerecht? Vom Verkehrsschöffengericht Berlin wurde am Donnerstag in einer prinzipiell bedeutsamen Verhandlung die Generaldirektorsehefrau Schröder, die sich wegen fahrlässiger Tötung zu verantworten hatte, trotz eines an sich sehr belastenden Tatbestandes freigesprochen. Frau Schröder geriet vor etwa Jahresfrist mit dem von ihr gesteuerten Kabriolet auf den Bürgersteig der Leipzigerstrasse, konnte aber das schwere Auto nicht sogleich zum Halten bringen, sodass zahlreiche Personen vom Auto erfasst und zu Boden geworfen wurden. Sechs Personen wurden schwer, eine tödlich verletzt. Die Angeklagte verteidigte sich damit, dass sie von zwei Kraftdroschken, die bei rotem Licht über die Strasse gekommen seien, so erschreckt worden war, dass sie dadurch wohl handlungsunfähig gewesen sein mag. Zeugen bestätigten diese Aussage. Der Staatsanwalt vertrat den Standpunkt, dass die Angeklagte verantwortlich zu machen sei, da sie ihren Wagen nicht in der Gewalt gehabt habe; er beantragte fünf Monate Gefängnis und eine Busse von 10 000 Mark. Das Gericht sprach aber die Generaldirektorsehefrau frei, da "die Frau am Steuer" im kritischen Moment den Kopf verloren habe und hierfür nicht verantwortlich gemacht werden könnte. Die Angeklagte habe nicht gewusst, dass ihre Nerven diesen Anforderungen nicht gewachsen waren. Jeder andere Fahrer hätte allerdings für die Tat bestraft werden müssen....

+ + +
Arzttragödie. In Wölfelsgrund (Glatzer Bergland) erschoss der 59jährige Besitzer und leitende Arzt des dortigen Sanatoriums, Sanitätsrat Dr. Richard Jaenisch, seine krebskranke 53jährige Frau und folgte ihr dann selbst in den Tod. Das Leiden der Arztgattin war unheilbar und aussergewöhnlich schmerzhaft. Dr. Jaenisch scheint durch diese Tatsache, unter der er sehr gelitten hat, zu seinem verzweifelten Schritt getrieben worden zu sein. Das verstorbene Ehepaar hinterlässt vier Töchter.

+ + +
Gestohlene Wissenschaft. Einem zu Studienzwecken in Berlin weilenden Arzt aus Pittsbourgh (USA) wurde von Einbrechern sein ganzes Gepäck, Geld und alle Papiere gestohlen, u.a. auch 240 Blatt wichtiger Aufzeichnungen über Krebsforschungen. Diese Aufzeichnungen erhalten Mitteilungen über eine von dem Bestohlenen gefundene Krebsheilmethode, sind also ausserordentlich wichtig. Der Bestohlene will die Diebe straffrei und im Besitz des Gepäcks und Geldes lassen, wenn sie nur die wissenschaftlichen Aufzeichnungen zurückgeben.

Gewerkschaftliche Rundschau ✘

Gewerkschaftliche Einheitsfront.

SPD. Die Spitzenverbände der Gewerkschaften aller Richtungen veröffentlichen die folgende Kundgebung:

Die Spitzenverbände der Unternehmer haben in gemeinsamer Erklärung die Reichsregierung aufgefordert, die Wirtschaft von allen staatlichen und sozialen Bindungen zu befreien. Auf diese Weise soll der wirtschaftlich Schwache uneingeschränkt der Willkür des wirtschaftlich Starken ausgeliefert werden. Das würde den hemmungslosen Kampf Aller gegen Alle und die Auflösung jeder gesellschaftlichen Ordnung bedeuten. Diese Forderungen stellen dieselben Unternehmerverbände, die in Vergangenheit und Gegenwart in stärkster Weise öffentliche Hilfe verlangt und in Anspruch genommen haben. Wenn jemals, dann haben insbesondere die Vorgänge der letzten Monate das Versagen weiterer Wirtschaftskreise und die Notwendigkeit eines planvollen Eingreifens des Staates in die Wirtschaft bewiesen.

Der Versuch, die ungeheure Wirtschaftsnot der Gegenwart aus staatlichen Eingriffen und aus der deutschen Sozial- und Lohnpolitik zu erklären, ist völlig haltlos. In Wirklichkeit liegen die Ursachen der deutschen Wirtschaftsnot in den allgemeinen Auswirkungen des gegenwärtigen Wirtschaftssystems in der Welt, den internationalen politischen Störungen und dem Misstrauen unter den Völkern. Verschärft wurde sie durch überspannten Protektionismus, Subventionspolitik, Ueberberrationalisierung, Kapitalföhllleitung und systematische Senkung der Kaufkraft. Seit 1 1/2 Jahren wird als Ausweg aus der Krise die Senkung der Löhne und Gehälter, sowie der Abbau der Sozialpolitik propagiert und betrieben. Das Ergebnis ist eine ungeheure Verschärfung der allgemeinen Not. Jeder Schritt weiter auf diesem Wege führt tiefer in das Elend hinein.

Die krasse Interessentenpolitik der Unternehmerverbände kann nicht zu gemeinsamer Entfaltung der Kräfte und zur Ueberwindung der Wirtschaftskrise führen. Niemals wird die deutsche Arbeitnehmerschaft ihre wichtigsten sozialen Rechte kampflos preisgeben.

Deshalb verlangen die Gewerkschaften sowohl im Interesse der Arbeitnehmer als auch des Volksganzen die Abkehr von dem seither beschrittenen Wege und erheben erneut folgende vordringliche Forderungen:

1. Sicherstellung einer ausreichenden Versorgung aller Arbeitslosen.
2. Verkürzung der Arbeitszeit - insbesondere durch Einführung der 40-Stunden-Woche - zum Zwecke der Mehrbeschäftigung von Arbeitskräften.
3. Erhaltung und Steigerung der Kaufkraft der Löhne und Gehälter, Sicherung des Tarifrechts und des staatlichen Schlichtungswesens.
4. Senkung der Zölle mit dem Ziel der stärkeren Anpassung der deutschen Preise und Lebenshaltungskosten an das gesunkene Preisniveau des Weltmarktes; Druck auf überhöhte Handels- und Verarbeitungsspannen.
5. Auflockerung der monopolistischen Preisbindungen in allen Stufen der Wirtschaft bei gleichzeitigem Ausbau der öffentlichen Kontrolle.
6. Öffentliche Bankenaufsicht mit dem Ziel der Verhütung von Föhllleitungen des Kapitals und Sicherung volkswirtschaftlicher Kapitalverwendung.
7. Rücksichtslose Kürzung der überhöhten Spitzengehälter und Pensionen in Wirtschaft und Verwaltung.

Die Durchführung dieser wirtschaftspolitischen Richtlinien muss verbunden

sein mit der Abwehr aller die Währung bedrohenden Experimente, ferner mit zielbewusster Förderung der internationalen Verständigung, die gerichtet sein muss auf Konsolidierung der schwebenden Schulden Deutschlands, auf internationale Zusammenarbeit zur Sicherung gesunder Kapitalverteilung und auf dauernde Lösung der Frage der internationalen Kriegverschuldung und der Reparationen.

Berlin, den 1. Oktober 1931

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund:

P. Grassmann

Deutscher Gewerkschafts-Bund:

Otte, Hegewald, Eudenbach

Allgemeiner freier

Angestellten-Bund:

Aufhäuser

Gewerkschaftsring deutscher

Arbeiter- u. Angestelltenver-

bände:

Neustedt, Lemmer, Rössiger

SPD. Eines der Probleme der deutschen Landwirtschaft, das immer wieder zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen den Arbeitnehmern und den Arbeitgebern Veranlassung gibt, ist das der Beschäftigung ausländischer Landarbeiter. Die Arbeitgeber erklären, auf die Beschäftigung ausländischer Landarbeiter nicht ganz verzichten zu können. Der ablehnende Standpunkt der Arbeitnehmer wird durch Ausführungen gerechtfertigt, die in einem kürzlich erschienenen Bericht des Arbeitsamtes Greifswald zu finden sind. In diesem Bericht heisst es unter anderem:

"Zu dem Kontingent kamen nach den amtlichen Feststellungen etwa noch 400 bis 500 ausländischer Wanderarbeiter, die nicht der Legitimationspflicht unterliegen, sowie einige hundert "schwarz" beschäftigter Ausländer, die polizeilich schwer zu erfassen sind. Mit diesen Ausländern und den ständigen Kräften war es den Grossbetrieben möglich, nicht nur die Frühjahrsarbeiten 1930, sondern auch die Körner- und Hackfruchternte 1930 ohne Hilfskräfte zu beschaffen."

Demit ist festgestellt, dass die Beschäftigung ausländischer Landarbeiter die landwirtschaftlichen Arbeitgeber der Notwendigkeit enthebt, auf die brachliegenden einheimischen Arbeitskräfte zurückgreifen zu müssen. "Selbst in den Spitzenbedarfszeiten waren", so fährt der Bericht wörtlich fort, "nennenswerte Abgänge nicht zu verzeichnen und das Angebot überstieg das des Vorjahres um 50 bis 100 Prozent. Die Vermittlung ging teilweise bis zum 55 Prozent zurück."

Die Vorliebe der landwirtschaftlichen Arbeitgeber für die ausländischen Landarbeiter verhinderte die Unterbringung der für den Zuckerrübenbau als geeignet befundenen bezirkseinheimischen Kräfte. Der Bericht sagt in dieser Beziehung: "Leider verbot die ungünstige Arbeitsmarktlage die Heranziehung der für den Zuckerrübenbau als geeignet befundenen bezirkseinheimischen Kräfte."

Schliesslich verdient auch Beachtung, was in dem Bericht über die Erfahrungen bei der versuchsweisen Ansetzung einheimischer Zuckerrübenkolonnen gesagt wird. Wir zitieren: "Auf einigen Gütern in der Nähe von Greifswald gelang die versuchsweise Ansetzung einheimischer Zuckerrübenkolonnen mit wechselndem Erfolg. Unbestrittene Erfolge waren zu erzielen, wo den vermittelten Arbeitslosen für den ganzen Sommer Arbeit gegeben wurde. Hier wurde der Beweis erbracht, dass die einheimischen die Leistungen der ausländischen Wanderarbeiter nicht zur erreichen, sondern auch zu übertreffen vermögen." Das gestattet die Behauptung, dass kein Grund vorliegt, die einheimischen Landarbeiter nicht auch für den Rübenbau in Betracht zu ziehen.



Krise der Zahlungsbilanzen.

Von Georg Decker

SPD. Der Ausdruck der Wirtschaftskrise sind zahlungsunfähige und zusammenbrechende Betriebe. Die gegenwärtige Weltwirtschaftskrise hat ganze Länder zahlungsunfähig gemacht. Das Privatunternehmen geht zugrunde. Es wird auf irgendwelche Weise liquidiert. Das zahlungsunfähig gewordene Land existiert aber weiter. Es fehlen diesem Land aber die Zahlungsmittel, um seine Schulden an das Ausland und an andere Länder zu bezahlen. In einer solchen Lage befinden sich einige südamerikanische Länder, Oesterreich, seit Mitte Juli Deutschland und seit dem 20. September England.

Merkwürdigerweise wird der Sinn dieser Vorgänge sehr häufig verkannt. Das geschieht vor allem deshalb, weil man dem Gold irgend eine geheimnisvolle Bedeutung beimisst und seine wirkliche Bedeutung in der Wirtschaft übersieht. Es ist nicht richtig, dass die eigentliche wirtschaftliche Aufgabe (Funktion) der Goldvorräte ist, die Deckung für das im Lande umlaufende Geld, für die Geldnoten zu sein. Die Golddeckung hat in vielen Fällen blos eine psychologische Bedeutung, indem sie die Vorstellung erzeugt, dass die umlaufenden Noten eine solide vollwertige Unterlage haben. In Wirklichkeit ist es durchaus möglich, ein vollwertiges Geld ohne jede Golddeckung laufen zu lassen. Das wird erreicht, wenn die Zentralnotenbank streng darauf sieht, dass die Menge der von ihr ausgegebenen Noten dem jeweiligen Bedarf an Umlaufmitteln für Warenumsätze entspricht. Es kann keine Inflation entstehen, solange die Zentralnotenbanken diesen Grundsätzen folgen.

Wenn trotzdem in der Nachkriegszeit und namentlich in der Zeit nach den vielen Inflationen in verschiedenen Ländern grosser Wert darauf gelegt wurde, dass die Banknoten eine hohe Golddeckung haben, so wollte man dadurch Hemmungen gegen eine unsolide Geldpolitik der Regierungen und der Zentralnotenbanken schaffen, gegen die Versuchungen, die Finanznot des Staates durch die vermehrte Ausgabe der Banknoten zu heilen. Wirtschaftlich gesehen sind aber die Goldvorräte für jedes Land aus einem anderen Grunde notwendig, nämlich für den Ausgleich der internationalen Zahlungen. Die Bedeutung des Goldes besteht darin, dass es das internationale Zahlungsmittel ist. Nicht in dem Sinne, dass alle internationalen Zahlungsmittel am Gold gemessen wird und dass, wenn aus irgend einem Grunde nach allen Verrechnungen die anderen Zahlungsmittel nicht ausreichen, die Spitzen durch die Abgabe des Goldes ausgeglichen werden. Das heisst mit anderen Worten: die Zahlungsbilanzen werden mit Gold ausgeglichen.

Man kommt nicht weiter, wenn man sich nicht über den Begriff der Zahlungsbilanz völlig klar wird. Dieses Wort wird aber sehr häufig gebraucht, ohne dass mit ihm klare Vorstellungen verbunden werden. Jedes Land befindet sich in mannigfaltigen wirtschaftlichen Beziehungen zu anderen Ländern: es bekommt von anderen Ländern für Waren oder verschiedene Leistungen bezahlt und hat an die anderen Länder zu zahlen. Das Verhältnis zwischen dem, was ein Land bezahlt bekommt, und dem, was es an die anderen Länder zu zahlen hat, ist die Zahlungsbilanz dieses Landes. Sie ist im Gleichgewicht, wenn sich die gegenseitigen Zahlungen ganz oder bis auf eine geringe Differenz ausgleichen, sie ist aktiv, wenn das Land mehr bezahlt bekommt, als es selbst zu zahlen hat, und sie ist passiv, wenn das Land weniger bezahlt bekommt, als es zu zahlen hat. Letzten Endes muss

aber jede Zahlungsbilanz ausgeglichen werden, da jede Leistung nur gegen entsprechende Gegenleistung geschieht. Wenn ein Land einem anderen etwas schuldig bleibt, so bedeutet das nichts anderes, als dass die Zahlungsbilanz durch Anleihen oder kurzfristige Kredite ausgeglichen wird. Was geschieht nun, wenn ein Land mit passiver Zahlungsbilanz keine Anleihen oder kurzfristigen Kredite in ausreichendem Masse bekommt? Dann werden die Spitzen der Zahlungsbilanz durch die Abgabe des Goldes ausgeglichen.

Man darf sich diese Vorgänge nicht so vorstellen, als ob an einer zentralen Stelle alle gegenseitigen Zahlungen verrechnet und dann die Spitzen durch entsprechende Massnahmen ausgeglichen werden. Es werden unzählige einzelne Zahlungen vollzogen und die Tatsache, dass sich der Ausgleich aller dieser Zahlungen nicht vollzieht, tritt in der Form in Erscheinung, dass in einem Lande ein Mangel an ausländischen Zahlungsmitteln (Devisen) entsteht, während in einem anderen ein Ueberfluss an solchen Zahlungsmitteln vorhanden ist. Dann schwanken die Währungen; die Währung in dem Lande mit einem Mangel an ausländischen Zahlungsmitteln wird schwächer. Dann wird das Gold abgegeben, und zugleich ziehen die Zinssätze an, so dass der Anreiz entsteht, dem Lande mit höheren Zinssätzen Kredite zu geben, handelt es sich um eine vorübergehende Störung, so wird dadurch das nötige Gleichgewicht wiederhergestellt. Dauert die Störung länger, so kann mit Anleihen geholfen werden. Falls sich aber die Passivität der Zahlungsbilanz als dauernd erweist und Anleihen in ausreichendem Masse nicht abgeschlossen werden können, muss der Abfluss des Goldes zu einer dauerhaften Erscheinung werden: dann ist die Krise der Zahlungsbilanz da! Diese Krise kann eine Zeit lang verschleiert bleiben, diesen Fall werden wir aber besonders behandeln müssen.

Einzelne Bestandteile (Posten) der Zahlungsbilanz lassen sich in keinem Lande statistisch vollkommen erfassen. Alle Berechnungen, die aufgestellt werden, stellen bloss mehr oder weniger genaue Schätzungen dar. Am genauesten kann die Handelsbilanz, d. h. der Wert der Einfuhr und der Ausfuhr und dann der Einfuhr- bzw. Ausfuhrüberschuss berechnet werden. Dazu kommen aber noch die Einkünfte aus der Schifffahrt, aus den Versicherungsgeschäften, die Zinszahlungen für frühere Schulden, die Ausgaben der Reisenden usw. Was durch alle solche gegenseitigen Zahlungen nicht ausgeglichen wird, kann noch durch die Kapitalbewegungen (Kapitalausfuhr und Kapitaleinfuhr) ausgeglichen werden. Wenn das aber nicht geschieht, so bleibt nur der Ausgleich durch die Goldbewegungen übrig, und, wenn dieses letzte Mittel versagt, so wird das Land, welchem die Mittel zum Ausgleich seiner internationalen Zahlungen fehlen, zahlungsunfähig. Bei einer näheren Betrachtung der Vorgänge im Laufe des letzten Jahres stellt sich heraus, dass dabei auch politische Gründe eine sehr grosse Rolle spielen. Sie wirken sich aber letzten Endes in der Form aus, dass einem Land, sei es aus rein wirtschaftlichen oder auch aus politischen Gründen die Mittel, seinen ausländischen Verpflichtungen nachzugeben, entzogen werden.

SPD. Die deutschen Sparkassen haben im Monat August rund 300 Millionen Mark an Einlagen verloren. (Juni = 152 Millionen Mark und Juli = 268 Millionen Mark). Der Sparkassenbestand sinkt damit für Ende August auf 10,505 Milliarden Mark. Damit sind die Einlagen auf den Bestand am Anfang des Jahres 1931 zurückgegangen.

SPD. Der Zusammenbruch im Blumensteinkonzern schlägt jetzt Wellen nach der schlesischen Textilindustrie. So hat die A.G. für Leinen- und Baumwollindustrie in Schweidnitz ihre Zahlungen eingestellt. Die Entwicklung steht mit den Vorgängen im Blumensteinkonzern im Zusammenhang. Der Betrieb wird, da er genügend Aufträge hat, weiter geführt.

Wieder fester.

(Berliner Getreidebörse vom 1. Oktober)

SPD. Im Gegensatz zu den Vortagen verkehrte die Berliner Produktenbörse am Donnerstag in festerer Haltung. Das ausgezeichnete Herbstwetter beansprucht bei der Landwirtschaft alle Kräfte für Feldarbeiten, sodass das Angebot erheblich nachgelassen hat. Infolgedessen stieß die Nachfrage der nur im geringen Umfang versorgten Mühlen auf Materialknappheit, sodass am Promptmarkt die Preise um etwa 3 Mark anzogen. Am Markt der handelsrechtlichen Lieferungs-geschäfte waren die Steigerungen zunächst noch stärker. Für Weizen kam infolge der Enge des Marktes anfänglich überhaupt keine Notierung zustande. Die Eröffnungspreise für Weizen lagen bis zu 5 $\frac{1}{2}$ Mark über denen des Vortages, gaben jedoch im Verlauf der Börse wieder um etwa 2 Mark nach; Roggen etwa 3 Mark höher und auch im Verlauf gut behauptet, Hafer ebenfalls fester. Auch Roggen- und Weizenmehl war zu etwas höheren Preisen gefragt. Der Konsum deckte sich aber nur für den laufenden Bedarf ein. Gerstekonte von der allgemeinen festen Tendenz nur wenig profitieren.

	30. Sept.	1. Okt.
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	208 - 211	211 - 214
Roggen	183 - 185	185 - 187
Braugerste	157 - 172	157 - 172
Futter- und Industrierogerste	149 - 156	149 - 156
Hafer	133 - 141	134 - 142
Weizenmehl	26,75 - 32,00	26,75 - 32,00
Roggenmehl	26,10 - 28,75	26,15 - 28,75
Weizenkleie	10,50 - 10,75	10,50 - 10,75
Roggenkleie	9,25 - 9,50	9,25 - 9,50
<u>Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte:</u> Weizen Oktober 229 - 227 (Vor-		
tag 223 $\frac{1}{2}$), Dezember 231 - 229 $\frac{1}{2}$ Brief (226). Roggen Oktober 197 (194), Dezember		
197 $\frac{1}{2}$ (195), Hafer Oktober 147 (145 $\frac{1}{2}$), Dezember 149 $\frac{1}{2}$ plus Brief (147).		

Amtliche Eiernotierungen.

SPD. Preisnotierungen für Eier. Festgestellt von der amtlichen Berliner Eiernotierungskommission am 1. Oktober. A. Deutsche Eier: Trinkeier, vollfrische, gestempelte über 65 gr 11, über 60 gr 10,50, über 53 gr 10, über 48 gr 9,50, frische Eier über 53 gr 9,50-10, aussortierte kleine und Schmutzeier 7. B. Auslandseier: Dänen 18er 10,75, 17er 10,25. Estländer 18er 10,25, 17er 9,75, 15 $\frac{1}{2}$ -16er 9,50, leichtere 9,25, Holländer 60-62 gr 10,50, Bulgaren 9,25 bis 9,50, Rumänen 8 - 8,50, Russen normale 8,25, Polen normale 7,50 - 8, abweichende 7,50 - 7,75, kleine, Mittel- und Schmutzeier 6,50 - 7. Die Preise verstehen sich in Rpf., je Stück im Verkehr zwischen Ladungsbezieher und Eier-großhändler ab Waggon oder Lager Berlin nach Berliner Usancen. Witterung: schön, Tendenz: behauptet.

Buttermarkt.

SPD. Berliner Butterpreise vom 1. Oktober. Amtliche Notierung ab Erzeugerstation, Fracht und Gebinde gehen zu Käufers Lasten: I. Qualität 118, II. 105, abfallende Sorten 91 RM. Tendenz: sehr ruhig.

Die sozialistische Frau

F R A U E N B E I L A G E D E S S P D

Nr. 74.

Berlin, den 1. Oktober 1931.

Eheberatungsstellen.*

SPD. Vor einigen Tagen wurde bekannt, dass die deutsche Liga für Menschenrechte in Berlin eine Eheberatungsstelle unter Leitung eines Rechtsanwalts einrichtet. Damit kommt ein neues Moment in die Frage der Einrichtung solcher Beratungsstellen: das des Kampfes "für Menschenrechte". Welche Gesichtspunkte werden da in den Vordergrund gestellt werden? Die bisher geschaffenen Einrichtungen, besonders die der öffentlichen Stellen, der Kommunen und Krankenkassen, gingen wesentlich von der hygienischen Aufgabe aus, vor der Ehe eine gesundheitliche Beratung zu erteilen, in der Ehe vor allem über Sexualverkehr und Zeugungsaufschlüsse zu geben. Es ging darum, vor der Ehe durch Ausstellung oder Verweigerung eines Heiratszeugnisses möglichst Personen, die durch Erbmassen ungünstig belastet waren, von der Eheschliessung auszuschalten. Bei der Sexualberatung in der Ehe galt es, Ratschläge für eine vielleicht nötige Verhütung weiterer Zeugung zu erteilen. Bald zeigte es sich jedoch überall, dass auch noch sehr viele andre Fragen behandelt werden mussten und die genannten medizinischen zurückgedrängt wurden. Deshalb stellte man fürsorglicher Berater den medizinischen zur Seite und ergänzte die Rechtsberatung. Frauenorganisationen verschiedener Art richteten Stellen ein, die vor allem der Beratung der Frauen dienen sollten.

Wenn nun bei der neuen Stelle "Menschenrechte" durch Rechtsberatung geschützt werden sollen, so dürfte die Frage der Beratung vor der Ehe kaum eine Rolle spielen. In der Ehe aber ist der menschlich Schwächere - das werden meist Frauen und Kinder sein - zu schützen vor dem andern Teil der Ehe, mit dem etwa ein Konflikt besteht, und ausserdem wird für diese Personen zu kämpfen sein gegen ungerechte Gesetzesbestimmungen, die sie schädigen. Auch dabei wird es sich wieder vor allem handeln um ein Eintreten für die Ehefrauen, die durch unser Bürgerliches Gesetzbuch so ausserordentlich unfrei in der Ehe gestellt sind, sowohl in bezug auf Geldangelegenheiten wie in andern Verfügungen. Die Erfahrungen der Weimarer Eheberatungsstelle der Arbeiterwohlfahrt haben uns gezeigt, dass Frauen wirklich oft sehr hilflos und auch sehr unentschlossen sind, wenn es gilt, ihre Rechte in Anspruch zu nehmen. Umgekehrt sind viele Männer - und das ist in allen Bevölkerungsschichten so ziemlich das Gleiche - wenig gewillt, Rechte von Frauen oder Kindern anzuerkennen, vor allem, wenn es sich um die Gewährung von Unterhalt handelt, aber auch sonst um irgendwelche Freiheit der Verfügung der Frau oder des Kindes.

In der Zeitschrift für soziale Medizin, dem Organ der Krankenkassen, hat kürzlich ein Arzt aus Linz auch über seine Erfahrungen berichtet. Er sagt, vor der Ehe kämen hauptsächlich Männer, die sich keine rechte "Ehetüchtigkeit" zutrauten, "sexuelle Neurastheniker". Bei Konflikten in der Ehe stelle sich meistens heraus, dass ein Teil zu viel vom andern verlange. Gerade bei Frauen habe ich nun in Weimar einige Male die Erfahrung gemacht, dass sie zu wenig verlangen und dadurch den Mann manchmal auch zum Nachteil der gemeinsamen Kinder nicht genügend von allerlei unschönen Dingen zurückhalten. Da gilt es, Menschenrechte zu schützen. Aber das ist fast immer keine rein rechtliche Frage. Ärztliche Fragen spielen hinein, oft Fragen, in denen der Psychiater, der Nervenarzt, zu hören ist, auch Frauenärzte oder andre Spezialisten. Wenn deshalb die Eheberatungsstellen sich in ärztliche und juristische teilen, wie es wohl in einer Grosstadt unvermeidlich ist, und wenn dann die eine Stelle die andere

ergänzt, so ist es vor allem wünschenswert, dass diese Stellen miteinander Führung behalten, da rechtliche und medizinische Fragen, wie gesagt, sich meist überschneiden. Günstiger ist es jedenfalls, wenn die Beratung sich an einer Stelle vereinigt, der Rechtskundige und sozial Erfahrene mit dem Arzte zugleich die Beratung vornimmt, und mit diesem dann auch privat den Fall bespricht. Eine gewissenhafte Eheberatung ist eine ausserordentlich verantwortliche Arbeit, die nicht büromässig mit einer Auskunft erledigt werden kann. Man muss sich eingehend informieren, immer wieder zur Verfügung stehen, oft selbst viel Seelenkraft hingeben.

Es ist sehr zu begrüssen, dass die Arbeiterwohlfahrt künftig die Gründung von Eheberatungsstellen mehr in den Vordergrund ihrer Arbeit stellen wird; nur darf man sich die Beratung nicht zu leicht denken. Die Erfahrung hat uns gezeigt, dass das Leben gerade in der Ehe immer wieder andere, oft höchst seltsame Erscheinungen zeigt, die man in einem Roman sicherlich als unwahrscheinlich bezeichnen würde. Aber gerade die Arbeiterwohlfahrt dürfte dazu berufen sein, überall da, wo geeignete Persönlichkeiten zur Verfügung stehen, eine Beratung einzurichten, wie sie der erwähnte Linzer Arzt Dr. Menzel wünschte, eine Stelle "in der sich freie Menschen gern sachkundigen Rat holen". Die Arbeiterwohlfahrt wird dann in der Lage sein, den Kampf "für Menschenrechte" in der vordersten Reihe zu führen, wie es die sozialdemokratische Partei auf allen Gebieten des Lebens tut.

Henni Lehmann.

Das möblierte Zimmer.^x

SPD. Es war das Staatsgemach der Witwe Franke; mit dem dahinter liegenden kleinen Schlafzimmer wurde es Ilse für einen, wie sie zugab, redlichen Mietpreis angeboten. Neuzeitliche Möbel waren es zwar nicht; und gerade darauf hatte Ilse sich eigentlich gespitzt. Dann die Photographien... - na, man würde eben gehörig umkramen müssen. Sie mietete also das Zimmer.

Frau Franke war keine schlechte Vermieterin. Aber sie kannte den Respekt, den sie nach ihrer Meinung sich selber schuldig war. Als sie daher am nächsten Abend feststellte, dass Ilse den kunstvoll gedrechselten, aber höchst überflüssigen Aufbau auf dem alten Buffet entfernt und in die Ecke gestellt hatte, da war sie sprachlos. Ilse erläuterte: das sei abgeschmackt; ohne das Ding da wirke dies Möbel nicht halb so veraltet.

Frau Franke erklärte mit Nachdruck, dass das Buffet aus einem herrschaftlichen Nachlass stamme. Von Abgeschmacktheit könne doch wohl nicht die Rede sein. Ilse begann, von den vielen unnützen Vasen und Nippes und vor allem von den überall herum stehenden und hängenden Photos teurer Verblichener zu reden. "Bitte, nehmen Sie doch alles mit hinaus!" schloss sie hoffnungsvoll.

"Was fällt Ihnen denn ein?" legte da Frau Franke los. "Das ist ja beleidigend!"

Ilse biss sich auf die Lippen. "Wo sollte ich denn auch hin damit?" lenkte die Vermieterin schon wieder ruhiger ein. "In der kleinen Wohnung! Nein, Fräulein Grote, ich kann meine Zimmer nicht für jeden Mieter unkremeln! Die Nippes will ich mit hinausnehmen, aber der Aufsatz, der bleibt!"

"Nein!" schrie Ilse erbost. "Ich will das Ding nicht sehen! Und ausserdem will ich die Lampe verkleiden und die Plüschsachen irgendwie verdecken. Und die Photographien müssen unbedingt hinaus!"

Frau Franke zitterte vor Zorn. Ihr seliger Mann sollte von seinem Ehrenplatze weichen müssen? wo alle Leute, die ihn gekannt hatten, zugaben, dass er eine Seele von Mann....

"Ich muss hier wohnen, nicht Sie!" sagte Ilse mutig. "Ich kann mir das Zimmer einrichten, wie ich will!"

"Das können Sie nicht!" Frau Franke stemmte die Hände in die Seiten. "Es ist ein möbliertes Zimmer, basta!"

Die Tür flog ins Schloss. Ilse neulte vor Wut. Auf den Trümmern ihrer Reformen hockte sie und lauschte den als laut geführtes Selbstgespräch fortgesetzten juristischen Darlegungen der Frau Franke nebenan in der Küche. Ein möbliertes Zimmer ist ein möbliertes Zimmer, jawohl! Zwanzig Jahre vermietet sie ab, und da kommt so'n junges Küken und will ihr... Nee, Männeken!

Rrrrr, ging an der Wohnungstür die Klingel. Ilse hörte Frau Frankes Überraschten Ausruf: "Du, Olga?" und zuckte gleich darauf von neuem zusammen, als die Stimme ihrer Wirtin lospolterte und der eben Gekommenen brühwarm das Vorgefallene erzählte. Endlich verschlang die zugeschlagene Küchentür den Schall der Worte.

Verwünschte Situation! Jetzt hatte sie die Miete auf einen Monat bezahlt und konnte nicht ausziehen, ohne das Geld fahren zu lassen! Eine grimmige Entschlossenheit überkam sie. Nun gut, sie würde zum Ersten ausziehen müssen, weil das Verhältnis ja doch unerträglich werden würde; "aber das Zimmer richte ich ein, wie es mir gefällt, und wenn dieser Mietdrachen sich auf den Kopf stellt!"

Eine halbe Stunde später, als Ilse gerade im Begriffe war, den lebensgroßen "Seligen" an der Wand angriffslustig zu mustern, klopfte es. Abwehrbereit, doch nicht ohne Herzklopfen, rief sie "Herein!"

Eine Fremde! Aha, die Besucherin. Das fehlte gerade, dass die sich auch noch einmischte! Die Stimme, die "Guten Abend" wünschte, klang indessen ganz freundlich: "Ich bin Frau Frankes Schwester. Fräulein Grote, nicht wahr?" Ilse nickte erstaunt. Ihre Vermieterin war sicher in den Fünfzigern, und diese hier - älter als fünfunddreissig konnte sie unmöglich sein. Ueberhaupt, welcher Unterschied!

"Bitte, denken Sie nicht, dass ich mich einmischen will. Aber ich kenne meine Schwester. Vielleicht lässt sich ein Ausweg finden."

Ilse deutete mit hoffnungsloser Gebärde rings um sich.

"Frau Franke ist meine Halbschwester. Ich war die jüngste aus dem Hause und habe sechs Jahre lang in möblierten Zimmern gewohnt."

"Ah!" Etwas wie Verbundenheit stellte sich ein. "Bitte, nehmen Sie Platz! Entschuldigen Sie!" Und nach kurzer Unterhaltung klagte Ilse ihr Leid: "Sehen Sie, ich will mich doch nicht täglich und stündlich an Dingen ärgern, die ich nicht sehen kann. Ich muss doch hier wohnen, nicht Ihre Frau Schwester!"

Die andere lächelte: "So habe ich auch einmal geschimpft. Hernach habe ich's mir abgewöhnt. Warum? Weil ich zu der Erkenntnis kam, dass ich nicht hundertprozentig recht hatte." Ehe Ilse entgegen konnte, fuhr sie schon fort: "Warum haben Sie neulich, als Sie mieteten, nicht gleich gesagt, was Sie alles zu ändern beabsichtigten? Dann hätte meine Schwester Ja oder Nein sagen können."

"Weil ich die Lauferei leid war und befürchtete, dass Frau Franke Einwendungen erheben würde," - hätte Ilse der Wahrheit gemäss antworten müssen. "Man findet ja doch nie das Richtige," seufzte sie.

"Ja, meine Liebe, das ist aber schon rein äusserlich nicht die richtige Handlungsweise. Es ist ein möbliertes Zimmer; da hat meine Schwester ganz recht. Suchen Sie sich doch einmal in ihre Lage zu versetzen! Was solch eine Zimmervermieterin besitzt, das sind doch meistens nur die paar Möbel und die Wohnung, die sie früher mit ihrem Manne bewohnt hat. Sie muss die Einrichtung strecken und geschickt gruppieren, um möglichst einträglich vermieten zu können. Sie tut ihr Bestes, so gut eine alternde Frau, die allmählich der Gegenwart entwächst, es eben kann. Da kommen Sie nun und verderben ihr die ganze Rechnung! Sie tun es sogar hinterrücks, und Sie behandeln Dinge wegwerfend, die der andern teuer sind, oder die sie vielleicht gerade darum in Ihr Zimmer stellte, weil sie sie für schön hielt. So etwas muss kränken; das empfinden Sie bei einigem Nachdenken selber."

"Aber Ihre Schwester kann sich doch auch in meine Lage und in meine Ansichten versetzen!" beharrte Ilse, wenn auch kleinlaut.

Es gibt schon einen Ausweg bei beiderseitigem guten Willen. Meine Schwester gibt nach, und Sie geben nach; dann geht es!"

Es ging wirklich. Ilse liess als Konzession an Frau Frankes Witwengefühle den "Seligen" lebensgross an der Wand hängen, fand sich auch noch mit einigen weiteren "Widerlichkeiten" ab und hatte dafür den Triumph, dass Frau Franke unter dem energischen Druck der lebensgewandteren Schwester in den übrigen und für Ilse wichtigsten Punkten nachgab.

Acht Tage später, als Ilse nachträglich noch etwas erreichen wollte, war sie bereits so auf "möblierte Dame" eingefuchst, dass sie gewandt von dem "eigenartig vornehmen, männlich schönen Gesichtsausdruck" des seligen Herrn Franke faselte. Sie schlug noch manches liebe Mal in diese Kerbe und hatte den Erfolg, dass die Witwe Franke, einst so spröde, sie allmählich mütterlich ins Herzschloss.

Margarete Wöckener.

Kampf gegen Tuberkulose.^x

SPD. Es ist allgemein bekannt, welcher verhängnisvoll guter Nährboden Nahrungsmangel, Wohnungselend und eine schlechte Körperpflege für die Ausbreitung der Tuberkulose sind. Unter diesem Gesichtspunkte lastet die augenblickliche Wirtschaftskrise mit ihren verheerenden Auswirkungen doppelt schwer auf uns. Es war erfreulich, an Hand der immer grössere Bedeutung gewinnenden Tuberkulosestatistik in den letzten Jahren festzustellen, dass die Tuberkulosensterblichkeit seit der Ueberwindung der Inflation immer mehr im Rückgange begriffen war. Die Frage ist aber brennend, wie sie sich in der Zeit schwerster deutscher Not gestalten wird. In dem Geschäftsberichte, den der Generalsekretär des deutschen Zentralkomitees zur Bekämpfung der Tuberkulose auf der Generalversammlung in Kissingen vorgelegt hat, beantwortet er die Frage für die Zeit bis zum Jahre 1929, einem Zeitpunkt also, zu dem es uns noch relativ gut ging. Danach stagnierte die Tuberkulosesterblichkeit im Reich und in Preussen; in Bayern, Baden und Hessen ist noch ein leichter Rückgang zu verzeichnen; in Sachsen und Württemberg dagegen steigt die Kurve bereits, wenn auch erst in geringem Masse, an. Für Berlin und Hamburg liegen die Ergebnisse bereits für 1930 vor. Dort ist erfreulicherweise noch eine Minderung der Sterblichkeit für diese tückische Volkskrankheit zu verzeichnen. Erschreckend ist das Ergebnis der preussischen Statistik, die nach Alter und Geschlecht unterscheidet. Sie zeigt, dass die Sterblichkeit am grössten immer noch in den beiden Jahrzehnten vom 20. bis zum 40. Lebensjahre, also in den in jeder Hinsicht produktivsten Jahren ist. Der Bericht weist darauf hin, dass von einzelnen Tuberkulosen-Fürsorgestellen bereits ein vermehrter Zugang von Kranken gemeldet wird. Er misst aber dieser Erscheinung insofern keine so grosse Bedeutung bei, als einmal das bessere Funktionieren der Fürsorgestellen eine vollständigere Erfassung der Kranken gewährleistet, andererseits aber erst das zusammenfassende Ergebnis der Länderstatistiken einen Ueberblick über die Zahl der Erkrankungen ermöglicht. Freilich ist bedauerlicherweise ein Ansteigen der Krankenziffern wohl wahrscheinlich und im Wesen der Krankheit begründet.

Erschreckend ist die Tatsache, dass im nicht versicherten Mittelstande die Tuberkulosefälle sowohl an Zahl als auch an Schwere im Zunehmen begriffen sind. Es zeigt sich, dass diese Patienten oft sehr spät, meist dann erst, wenn Hilfe ihnen nicht mehr gebracht werden kann, den Arzt aufsuchen. Es erhebt sich also die Forderung, gerade auf diesem Gebiete die Tuberkulosefürsorge auszubauen. Andererseits darf für die breiten Schichten unsres Volkes gerade in den gegenwärtigen Notzeiten kein Fussbreit der Hilfsmöglichkeiten aufgegeben werden, die bereits bestehen.

Die deutsche Reichsbahngesellschaft hat im vergangenen Jahre zwei Millionen Reichsmark für tuberkulosekranke und tuberkulosegefährdete Reichsbahn-

bedienstete und Familienangehörige aufgewendet. Die Deutsche Reichspost hat insgesamt etwa 994 000 Mark für Massnahmen der Tuberkulosefürsorge und besonders für die Entsendung erholungsbedürftiger Kinder ausgegeben. Es erhöhte den Erfolg der Arbeit der Reichsbahngesellschaft, dass sie in allen ihren Stellen eine einheitliche Fürsorge einrichtete und alle mit der Gesundheitsfürsorge befassten Organe zu Arbeitsgemeinschaften zusammenschloss. Diese Arbeitsgemeinschaften sind bedauerlicherweise auf dem Gebiete der allgemeinen Tuberkulosefürsorge noch nicht genügend ausgebaut. Es zeigt sich, dass hier und dort vor allem die Krankenkassen abseits von solchen Arbeitsgemeinschaften stehen, weil sie davon einen Zwang zur Erweiterung ihrer Leistungen befürchten.

Der oben genannte Bericht gibt noch eine Fülle von Aufschlüssen über die verschiedensten Gebiete dieser Arbeit. Immer wieder aber zwingt sich uns die Frage auf, wie diese Arbeit in der finanziellen Not des Augenblickes aufrecht erhalten werden kann. Und immer wieder muss betont werden, dass ein Nachlassen gerade auf diesem Gebiete die verhängnisvollsten Folgen für unsre Volksgesundheit haben würde, und dass Sparmassnahmen, wenn sie nicht gerade organisatorischer Natur sind, auf diesem Gebiete, das in erster Linie vorbeugende Fürsorge darstellt, nicht als rationell angesehen werden können, weil sie sich in den kommenden Jahren bitter rächen würden.

Das Zirkusmädchen.*

SPD. Die Kinder, die kleine Barbara und das Sportmädchen Ruth, waren schuld daran, dass ich Abends, als schon eine Weile die Musik herübergeschallt hatte, doch nach dem Turnplatz ging, wo der kleine Zirkus seine Manege mit weissrot gestreiften Zeltwänden aufgestellt hatte. Barbara wollte die Äffchen sehen, Ruth dagegen ihre an Akrobatik grenzenden Turnkünste mit den Leistungen der schönen Elli vergleichen.

Die Kinder bekamen ihre Karten und gingen hinein. Ich konnte mich vorerst nicht entschliessen, in der kühlen, nebligen Nacht stundenlang zu sitzen, und trieb mich zwischen den Wagen herum. Wie es wohl den drei Äffchen gehen mochte, die heute Mittag von den Kindern Nüsse erbettelt hatten? Auch der arme Schimpanse mit seinen langen Haaren fiel mir ein, der immer in einem winzigen Kasten sitzen musste - oh, Tierquälerei, elender, atembeklemmender Spuk, diese Tropentiere in unsern Nebelnächten und Regensommern!

Ach, wie weit zurück und spurlos verschüttet ist jene Lebenszone, in der das Fremde und von weit her Kommende zum Erlebnis wurde, wie heute der kleinen Barbara die Affen mit ihren zarten Runzelhändchen! Allzu nahe war mir das Spiel zwischen der kindischen Menschenroheit, die das Tier quälte, und dem hilflosen Ernst des Tiergeschöpfes.

Drinne im Zirkus brach die Musik ab. Der Akrobat stand, über den Wänden sichtbar, auf einem Brettchen, beinahe schon im dichten Laub der Kastanienbäume die den Platz umgaben. Ein kurzer Ruf; er sprang mit Rückwärtssalto ab, und die Musik setzte wieder ein.

Ich blickte in die Wagen hinein. Jetzt, wo die Familienmütter an der Kasse sasssen und das Personal in wechselnden Rollen bald als August, bald als Kraftmensch, Stallbursche, Herrenreiter, Parterreakrobat zu tun hatte, waren die Wagen dunkel. Nur in einem einzigen brannte ein schwaches Licht. Ich spähte durch das Türfenster an der Schmalseite hinein. Das Bild, das ich sah, hätte einem Maler gefallen.

Im Hintergrunde des Wagens beleuchtete eine Kerze, die auf einem Klapp-tischchen stand, zwei Mädchen, die eine blond, die andere dunkel. Die blonde, die der Kerze zunächst sass, löffelte aus einem Blechtöpfchen und ass grob geschnittenes Brot dazu. Das Licht traf ihr Gesicht von unten, sodass es aus

vielen dunkeln und hellen Ecken zusammengesetzt erschien. Die Dunkle sass selblich, und das warme, rötliche Licht der Kerzenflamme liess das Gesicht und die blassen Glieder sanft und weich aufleuchten. Sie spielte mit ein paar bunten Asten, von denen sie zwei zum Schmuck für Kleid und Haar wählte. Jetzt schaute sie ein wenig zusammen, liess hohe, breite Lider über die Augen fallen und lehnte sich zurück. Armes Zirkusmädchen, ob du heute und morgen wohl satt zu essen hast? Bist du übermüdet? Hast du Sorgen?

Dann stand die auf. Das Gesicht leuchtete; die federnden Glieder bewegten sich spielend ein wenig; sie trat, trotzdem sie ein wenig geduckt gehen musste nur mit den Zehen auf, als sei sie beschwingt von innerer Musik. Ich schluckte mein billiges Mitleid schnell hinunter, ging zur Kasse, setzte mich dann zu dem Sportmädchen Ruth und wartete, bis das schöne Mädchen auftrat.

Inzwischen bog der Kraftmensch einen Eisenstab zu Hufeisenform. Er stemmt ihn zwischen die Kniee, drückte ihn über den Schenkelansatz, keuchte und knurrte, und dann hielt er den gebogenen Stab in den Händen. "Die Herrschaften möge ihn besichtigen; er muss an der Biegung noch warm sein," sagte der Kraftmensch. Ich aber, die ich mich schon damit abfinden musste, nicht naiv bewundern zu können, geriet wieder in Nachdenken: warum bewundert man es, wenn jemand einen Eisenstab biegt? Hat nicht der Mensch in der Maschine seine Kraft millionenfach verstärkt? Vielleicht sehen wir heute in den sportlichen Kraftleistungen mehr als nur die persönliche Ueberlegenheit; wir nehmen mit unsern eigenen und mit der Bewunderung für fremde körperliche Leistungen vielleicht teil an einer unbewussten Demonstration des Menschen und seiner unmittelbaren Kraft gegenüber der Maschine mit ihrer endlosen, versklavenden Schraube, genannt Leistungssteigerung. Oder was für einen Grund hat sonst der Mensch, mit Händen und Zähnen Eisen zu biegen?

Während der Kraftmensch mit seinem Teller zum Sammeln für sich herumging, trat das schöne Mädchen zu seiner Nummer an. "Das ist Elli," sagte Ruth.

Das blasse Gesicht leuchtete wieder. Dann bogen und streckten sich volle, glatte Glieder, denen man die Kraft der Muskeln nicht ansah, mit einer Anmut, die die harte Dressur ganz vergessen liess.

"Neunzehn ist sie. Sie hat mir's voriges Jahr gesagt, als sie mir selbst den Fersengang beibrachte." Ruth strahlte.

Neunzehn Jahre! Am leichten Zackenröckchen eine lachsrote Aster. Sie wird vielleicht nachher, da sie vor dem Auftreten nichts gegessen hat, aus dem Blechtopf aufgewärmten Kaffee löffeln und grobes Brot dazu essen. Ich aber werde das Angesicht nicht vergessen, das in der nebligen Nacht leuchtete und mir wie trunken erschien vor Freude und selbstvergessener Hingabe an ihr Können.

Luise Baumann.

SPD. Versteckte Liebeserklärung.^X "Du machst ja so ein glückliches Gesicht
"Glas wie Glossbrieh!"

"Du hast dich wohl endlich verlobt?"

"Näh, das noch nich, aber peinah gommd's auf dasselwe raus."

"Du hast dich also mit Selma ausgesprochen?"

"Na, grade ausgeschbrochn gammr das ooch nich nennen. Awer sie had mich was gefraachd, und wemmr ä bissjn Logik had, da weess mr gleich, dass sie mich heirads will."

"Was hat sie dich denn gefragt?"

"Sie fraachde, ob ich Nachts schnarche."
